

Leibniz, das Publ.
nationsökonomi-
sche

1920 I

794

1875-1876

1920 I 499 Dr.

Aus der Goldwährungs-Korrespondenz.

Juli/August 1895.

(Herausgeber Prof. Dr. Huber, Stuttgart.)



5 812

Die Doppelwährung und der allgemeine Aufschwung.

Wie hat man sich den Zustand unseres Erwerbslebens vorzustellen, wenn je einmal die Hebung des Silberpreises im Wege der internationalen Einführung der Doppelwährung gelingen sollte? Würde wirklich eine Steigerung der Preise und ein allgemeiner Aufschwung des Erwerbslebens eintreten? Die Bimetallisten bejahen diese Frage auf Grund der herkömmlichen Lehre vom Geldwert und Preis: hienach stehen beide in einem so innigen Zusammenhang miteinander, daß die Erhöhung des einen Faktors naturnotwendig die Senkung des andern zur Folge hat, daß z. B. Geldvertenerung nur ein anderer Ausdruck für Rückgang der Warenpreise ist. Wie schon vor Jahrzehnten Bastiat, so legte erst wieder am 27. Februar im englischen Unterhaus einer der bimetallistischen Redner dar, Geld und Warenpreis balancierten mit einander, wie auf einem Wagebalken, so daß, wenn man von dem einen Haufen Geld das Silber wegnähme, notwendig der Haufen Ware auf der anderen Wagechale in die Höhe gehen müsse. Manche Bimetallisten halten sich zwar nicht an diese Quantitätstheorie, da bei der Zirkulation auch die Raschheit des Umlaufs neben der Menge gleich mächtig sei; die meisten finden sich jedoch in dem Ziele einer Vermehrung des umlaufenden Geldes zusammen, damit eine dieser Vermehrung entsprechende Entwertung des Geldes und Steigerung der Waren- und Getreidepreise hervorgebracht werde.

Dieses Verlangen wie die herkömmliche Geldwertlehre stützt sich auf die Erfahrung mit der Geldentwertung des 16. und 17. Jahrhunderts, wo die Vermehrung des Edelmetallvorrats wie eine Steigerung der Warennachfrage wirkte und das Angebot, bei der damaligen wenig steigerungsfähigen Produktion hinter der Nachfrage zurückblieb. Damit verbindet sich die Vorstellung, als ob ein Prozeß, der damals verschiedene Jahrzehnte und Jahrhunderte beanspruchte, sich heute gleichsam über Nacht vollziehen würde. Das ist eine volkswirtschaftliche Unmöglichkeit; eine sofortige Erhöhung sämtlicher Warenpreise kann nie eintreten, vielmehr würden hiervon zuerst die Weltmarkt- und Stapelartikel, dann allmählich diejenigen Produkte, die zu den beweglicheren gehören, zuletzt die Arbeitslöhne ergriffen. Schon aus der Natur der Ware erwächst eine Abstufung mit dem Fortschreiten dieses Teuerungsprozesses. Eine weitere ergibt sich daraus, daß sich seit dem 16. Jahrhundert der Markt wie die Technik total verändert haben.

Heute konkurrieren auf dem Markte für neu einströmendes Geld nicht mehr allein Produkte, sondern auch Effekten; würde sodann je die Nachfrage gesteigert, so ist heute die Technik so leistungsfähig, daß sie jeder Steigerung nachkommen kann. Zunächst hat Geld vermöge der internationalen Kredit- und Bankorganisation eine ungemein weitere Verwendungsfähigkeit; Hunderte von Millionen Geld können — daraus erklärt sich die geringe Einwirkung des Goldstroms in den fünfziger Jahren — lediglich auf dem Wege der Zirkulation und ohne daß die einheimische Produktion davon berührt wird, sofortige Verwendung finden, z. B. zur Notendeckung, zum Ankauf ausländischer Wertpapiere, zur Unterstützung ausländischer Unternehmungen. Was ist doch die erste Wirkung einer Geldvermehrung? Wir haben eine solche ja gerade in den heutigen Tagen, infolge des fortwährend zufließenden und angebotenen Geldes vor uns: dabei sehen wir, die nächste Wirkung der Vermehrung der Umlaufsmittel und des sinkenden Geldwerts berührt heute nicht das Preis-, sondern das Kreditniveau: Geld wird für diejenigen billig, die bereits etwas haben, deshalb Vertranen genießen und den billigen Geldstrom zu spekulativen Kapitalanlagen benötigen.

Die Bimetallisten sind bezüglich der Wechselwirkung zwischen Geldwert und Warenpreis in einer zu abstrakt-mechanischen Auffassung befangen. Wenn es sich heute um eine stärkere Einführung von Zirkulationsmitteln in das Erwerbsleben handelt, so kommt, da die Konsumenten heute viel mehr differenziert sind, d. h. nach Klassen und Interessen auseinandergehen, als im 16. Jahrhundert, zuerst in Frage: Sind diejenigen Menschen (und Länder), die zunächst von einer Vermehrung der Umlaufsmittel profitieren würden, die gleichen, welche auch wesentlich zu der Erhöhung des Absatzes beitragen könnten? Man muß die abstrakten Begriffe von Angebot und Nachfrage aufgeben und untersuchen, welche Klassen und welche Interessen hat man sich unter diesen Begriffen vorzustellen.

Die Vorbedingung für einen allgemeinen und nachhaltigen Aufschwung ist, daß das vermehrte Geld solchen Personen, deren Konsumfähigkeit noch einer erheblichen Ausdehnung fähig ist, d. h. der großen Masse der Bevölkerung zufließt. Nur dann, wenn sich die Lage und die Konsumkraft der unteren Klassen im allgemeinen und dauernd verbessert, könnte und zwar nur für einzelne Artikel des Massenkonsums eine Vergrößerung der Nachfrage und damit eine Steigerung der Preise eintreten. Die soziale Hebung der unteren Klassen aber hängt nicht von einer Vermehrung der Zirkulationsmittel, sondern vor allem von der Erhöhung der Produktivität der Arbeit, von der Stärkung der nationalen Produktivkraft u. a. ab. Den Nichtbesitzenden nützt die Vermehrung der Zirkulationsmittel, da sie überhaupt keinen Kredit haben, zunächst insoweit nichts, als solche nur die Gelegenheit zur Kredit-Anspannung bietet.

Zimmerhin könnte ihnen diese Gelegenheit etwas nützen, nämlich indirekt und zwar dadurch, daß die günstigere Marktstimmung den allgemeinen Anreiz zu Mehreinstellung von Arbeitskräften und zu Lohnerhöhungen giebt. Dabei fragt sich nun in zweiter Linie: könnte etwa heute der davon zu erhoffenden Steigerung der Nachfrage nach Massenkonsumartikeln das Angebot nicht nachfolgen, so daß auch infolge der zunehmenden Knappheit eine Preissteigerung eintreten würde? Indes ist wohl darüber kein Zweifel, daß von unserer Massenfabrikation sofort jede Nachfrage gedeckt werden könnte. Wohl aber würde die Aussicht auf gesteigerten Konsum zu Neu-

anlagen anspornen. Zugleich zeigt die Geschichte einer jeden künstlichen Geldvermehrung, daß die zunehmende Anfüllung der Bankreservoirs dazu beiträgt, den Schein der Unererschöpflichkeit der Mittel für finanzielle Unternehmungen zu wecken und zu erhalten, und den Kredit, die Unternehmer- und Gründerlust auf künstliche und ungesunde Weise anzufachen. Im günstigsten Falle also würde das schließliche Ergebnis vorübergehende Inflation und eine dauernde Steigerung der Konkurrenz und gegenseitiger Unterbietungen sein.

Wir sehen, Preisniveau und Geldkaufkraft, Geldwert und Geldmenge sind heute keine identischen Begriffe mehr, sie wirken weder allein noch direkt auf einander ein, stehen nicht in dem ursächlichen Zusammenhang miteinander, wie man allgemein annimmt. Diese Anschauung wird z. B. auch durch die Erfahrung mit der Vermehrung der amerikanischen Umlaufsmittel bestätigt, insofern dieselben binnen zwei Jahrzehnten an Greenbacks, Bond-Dollars, Sherman-Noten um über 4 Milliarden Mark vermehrt, die Preise dagegen hievon nicht beeinflusst worden sind. —

Das eine Hemmnis, das einem Aufschwung unseres Erwerbslebens im Wege steht, die Intensität der binnenländischen Konkurrenz würde, wie wir dargelegt haben, durch die verstärkte Anfüllung der Zirkulation mit Silbermünzen anstatt gemildert nur verschärft. Fragt sich weiter: würde nicht wenigstens das andere Hemmnis, die überseeische Konkurrenz und die überseeische Getreide-Anfuhr durch die Doppelwährung beiseite geschoben? Diese, wie auch obige Frage bezüglich der Beeinflussung des Preisniveaus, untersucht ein soeben von Unterrichter Dr. D. Heyn (bei Puttkammer & Mühlbrecht) herausgegebenes Werk (von 231 Seiten). Der Verfasser gehört nicht zu der sog. „Goldpartei“, er spricht auch manche einseitige oder gewagte Ansichten aus, mit denen wir nicht einverstanden sind; seine objektive Untersuchung wird aber ihren Eindruck nicht verfehlen.

Setzen wir den Fall, daß auf künstlichem Wege der Goldwert gedrückt, der Silberwert gehoben würde, so würde der Preis des Silbers auch in den Silberländern und in den Ländern mit unterwertiger Valuta eine Steigerung erfahren; damit würde einerseits Indien, wie wir anfügen können, wieder die Möglichkeit erlangen, seine Goldbezüge von Neuem aufzunehmen: je mehr Silbermünzen die Münzbundstaaten ansprächen würden, um so zurückhaltender würde Indien im Ankauf von Silber, um so eifriger in dem von Gold. Vom Markte, von dem Weltvorrat würde fast nicht mehr an Silber entnommen, der Unterschied bestände nur darin, daß das Silber sich wieder mehr auf dem Kontinent ausbreitet, anstatt wie bisher im Osten. Auf der andern Seite hätten die bisherigen Silberländer einen spekulativen Silberexport, einen Geldabfluß nach dem Ausland zu befürchten und müßten, um diesem Export und einer davon zu befürchtenden Krise vorzubeugen, ihr Silbergeld entsprechend leichter umprägen. Schon aus diesem Grunde stünde im Falle der Hebung des Silberpreises eine entsprechende Hebung der Wechselkurse der Silberländer nicht zu erwarten. Steigen werden vielmehr nur die Wechsel der Silber-Export- oder Silber-Importländer: dort würde auch der Export der Rohprodukte in gleichem Schritte mit der Erhöhung des Wechselkurses erschwert. Aber dies würde bekanntlich unseren Getreideproduzenten wenig helfen, da die Konkurrenz Indiens in der Getreideanlieferung kaum mehr von Bedeutung ist und das Gesamtangebot auf dem Weltmarkt, namentlich das Angebot Argentiniens, dieses Papierwährungslandes, nicht verringert würde. Heyn

giebt sich nun die Mühe, den vermutlichen Einfluß einer Hebung des Silberpreises auf die Zahlungsbilanz, auf die Ein- und Ausfuhrfähigkeit, sowie auf die Wechselkurse der Länder mit unterwertiger Valuta auf mehreren hundert Seiten, worauf wir verweisen müssen, darzulegen. Was unsere Exportindustrie anbelangt, so glaubt Heyn auf Grund eingehender Berechnungen nicht, daß sie sich von einer Hebung des Silberpreises, unter Annahme der denkbar günstigsten Verhältnisse mehr versprechen könne, als eine Zunahme der Ausfuhr um 1—2%. Indes sei mit dem Eintritt höherer Aufnahmefähigkeit noch nicht gegeben, daß sich nun auch thätiglich Aufnahme und Export erhöhen. Würden nämlich die dieser Schätzung zu Grunde gelegten Bedingungen zutreffen, so läge daran namentlich für Japan, Mexiko und Indien ein Anreiz dazu, dem Drängen der dort neugegründeten Fabriken nachzugeben und dem Beispiele der Kontinentalstaaten in Einführung von Prohibitivzöllen zu folgen. Damit wäre aber eine Entwicklung eingeleitet, deren Folgen für unsere Exportindustrie viel verhängnisvoller wären, als alle Segnungen des Bimetallismus.

Unsere Guthaben an das Ausland.

Als das neue Mittel zur Tilgung alter Schulden wurde der Bimetallismus bisher hauptsächlich für die deutsche Landwirtschaft empfohlen. Angesichts der internationalen Währungskonferenz aber wird dieser Segen auch den Auslandsstaaten wieder zugesagt; der Bimetallismus helfe ihnen nicht nur ihre Schulden zu bezahlen, sondern auch neue Schulden zu machen, so zu lesen in einem sehr unterhaltenden Artikel Sydow-Dobberphul in der *Krenz-Ztg.* vom 29. Juni 1895. Rätselhaft bleibt es zwar, wie die „Gutsbesitzer vom niederen Adel“, welche Sydow-Dobberphul als Finanzgenies und Währungs-Autoritäten hinstellt, es gleichzeitig zustande bringen wollen, daß, was doch ihre Hauptförmge ist, die Getreidekonfurrenz Auslands, Argentinens und anderer Länder mit unterwertiger Valuta von Deutschland und vom Weltmarkt ferngehalten wird, zugleich aber dann diese Länder nicht nur ihre Schulden bezahlen, sondern auch noch dazu neue Anleihen erhalten. Beides zugleich zu ermöglichen, wird sogar den Gutsbesitzern vom niederen Adel etwas schwer fallen.

Nun haben aber andere Leute die prosaische Sorge: wie kommen wir denn wieder zu unserem Geld, wenn der Bimetallismus eingeführt wird? In welchem Wertverhältnis müßten wir das Silber unserer Schuldner an Zahlungsstatt annehmen? Darüber hüllten sich bisher die Bimetallisten in tiefes Schweigen. Jetzt aber dekretieren die Gutsbesitzer und die Doppelwährungsleute, die sich am 1. Juli in Berlin zusammengefunden haben, fröhlich: in dem Wertverhältnis vor 1 : 15¹/₂. Diese Rede ist hart. Schon Harcourt hat im englischen Unterhaus am 27. Februar 1895 und mit ihm im Mai 1895 der englische Goldwährungsverein darauf hingewiesen, daß England etwa 40 Milliarden Mark auf Gold basierte Schuldsforderungen besitze und eine künstliche Herabdrückung des Geldwerts das englische Volk, diesen großen Gläubiger der Welt, wesentlich benachteiligen würden. Zugleich betont die *Nineteenth Century* vom Juni 1895 mehr die Stellung gegenüber dem Ausland. England hat z. B. an die Überseestaaten sein

gutes Gold hergegeben, und soll sich nunmehr mit entwertetem, um 50% unter dem Marktpreis stehenden Silber bezahlen lassen? Bei der Mehrzahl der Schulden ist die Rückzahlung in Gold ausbedungen worden und nun kommen trotzdem die Schuldner mit dem Anspruch, sich mit Silber ihrer Verpflichtungen entledigen zu dürfen! Dies führt die englische Monatschrift „Nineteenth Century“ näher aus und fügt dem noch an: Für England bedeute die Zulassung des Silbers zu den Münzstätten nicht die Rückkehr zu einem früher gewohnten, erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit unterbrochenen Zustand, sondern die Beseitigung einer tatsächlich schon seit zwei Jahrhunderten eingebürgerten Münzverfassung. Soll England, um die unlösbar vorhandenen volkswirtschaftlichen Übel zu beseitigen, zu einem Mittel greifen, bei dem man noch gar nicht weiß, was für Übel anderer Art es mit sich bringen könnte, bei dem nur das eine sicher ist, daß der größten Gläubigernation der Welt das Silber überwiesen, daß sie zum „dumping-ground for all the silver of the world“ wird? Ein Mann wie Balfour könne doch nicht glauben, daß der Bimetallismus etwa ein Zurückgehen der Getreideproduktion von Rußland, Amerika, Australien und Argentinien und damit ein Aufhören ihrer Konkurrenz zur Folge haben würde. Darf sich England mit seinen Hunderten und aber Hunderten von Millionen Guthaben an das Ausland der Gefahr einer Majorisierung durch Länder aussetzen, denen es sein Geld geborgt hat? Die Antwort darauf lautet: wir sind in England noch nicht „so perfectly good that we are all perfectly idiotic.“

Schon im Oktober vorigen Jahres hatte der Statist ausgeführt: „Die Summen, welche England in Nord- und Südamerika, in Indien, in den Kolonien, zum Teil auch auf dem Kontinent sei es als Kapital anleihen oder in industriellen Unternehmungen aller Art angelegt hat, sind ungeheuer groß. Ist es denkbar, daß unsere Kapitalisten ohne Entschädigung und ohne eigenen Vorteil die von ihnen auferlegte Bedingung der Rückzahlung in Gold fallen lassen und einwilligen sollten, dafür entwertetes Silber anzunehmen? Glaubt irgend ein vernünftiger Geschäftsmann, daß Engländer das thun werden? Oder würde irgend ein gewissenhafter Mann, wenn er berufsmäßig einen Rat zu erteilen hätte, seinen Klienten empfehlen, so zu handeln? Ohne Zaudern antworten wir auf beide Fragen mit Nein. Die Bimetallisten erwidern darauf leichtthin, daß gar kein Verlust eintreten würde, weil Silber und Gold überall zu einem festen Wertverhältnis angenommen werden würden. Wir entgegnen darauf, daß dies eine lediglich einseitige Behauptung ist, daß nach unserer Ansicht Silber und Gold nicht überall zu einem festen Wertverhältnis würden angenommen werden; daß Banken und Bankiers, besonders in der Londoner City, die Annahme von Silber verweigern, sich die Zahlung in Gold ausbedingen, die Aufnahme von Silber in ihren Reserven ablehnen und auf der Klausel bestehen würden, welche in Amerika während der Gültigkeit der Bland- und der Sherman-Akte so häufig gestellt wurde — Rückzahlung in Gold und nur in Gold.“

Kapitalanlage im Ausland.

Seit mehreren Jahren häufen sich die in den Banken hinterlegten Kapitalsummen und sinkt der Diskontsatz. Die Ursache dieser Erscheinung erblickt die Times nicht etwa in einem Rückgang des Geschäfts, sondern in der erschwerten Placierung der Ersparnisse in ausländischen Unternehmungen. Bis vor wenigen Jahren, führt der Artikel der Times aus, legten die englischen Kapitalisten jährlich mindestens eine Milliarde Mark im Ausland an. Diese Kapitalien werden seit etwa 1890, infolge einer Reihe schlimmer Erfahrungen auf diesem Gebiete, daheim festgehalten, und mögen inzwischen auf fünf Milliarden Mark angewachsen sein; sie suchen im Inland Beschäftigung und riefen durch ihr Angebot die derzeitige Geldbilligkeit hervor. Ein Teil wurde in hochklassierten Fonds angelegt, und dies hat den Kurs auf eine Höhe getrieben, bei der sie erheblich weniger als 3% abwerfen. In gleicher Weise sucht auch auf dem Kontinent das Kapital rentable Beschäftigung, und findet solche nicht. Da die bedeutenden Summen, die gegenwärtig entweder unbeschäftigt liegen, oder weniger als 3% einbringen, nur durch Verleihung nach dem Auslande eine befriedigende Verzinsung erbringen können, so stehen wir vor einem Prozeß des Ausleihens nach dem Ausland, und vor einer namhaften Belebung des Ausland-Geschäfts. Anzeichen dafür bietet die Goldminenspekulation, das zunehmende Interesse für Mexikaner und andere hochverzinsliche Auslandwerte. Früher waren die englischen Kapitalisten gewohnt, über die Hälfte ihrer jährlichen Ersparnisse, etwa 600 Millionen Mark jährlich, in amerikanischen Eisenbahnpapieren anzulegen, heute legen, bemerken die Times, die dortigen unsicheren Währungsverhältnisse eine gewisse Reserve nahe. Ehe die Mängel des dortigen Münzsystems nicht beseitigt sind, werden vorsichtige Kapitalisten, obgleich sich in den Vereinigten Staaten der Geschäftsverkehr belebt, sich hüten, ihr Geld daselbst in umfangreicherem Maße anzulegen.

Internationaler Bimetallismus.

Ist das für die Währungskonferenz aufgestellte Endziel des internationalen Bimetallismus überhaupt erreichbar? Diese Frage untersucht ein soeben in Übersetzung erschienener Vortrag, den J. Herb. Tritton* vor einigen Wochen in London gehalten hat. Tritton legt, ähnlich wie Harcourt, dar, wie der in der Hebung des Silberwerts bestehende Zweck einer internationalen Vereinbarung nicht erreicht werden kann, wenn ihr nicht ein Wertverhältnis zu Grunde gelegt wird, das von dem heutigen Kurs wesentlich abweicht. Wie weit diese Abweichung gehen soll? darüber sind die Bimetallisten selbst nicht einig: in den Vereinigten Staaten und in Frankreich wollen sie nur eine Basis von 16 bzw. $15\frac{1}{2} : 1$ anerkennen, in Deutschland und England erklären sie den Grad der Abweichung als nebensächlich, wenn nur überhaupt die Freiprägung für Silber zugestanden werde.

* Tritton, Der Sturm auf die Währung. Autorisierte Übersetzung von Dr. Julius Schenhäuser. Bitten 1895. Pöhlische Buchhandlung. 32 S.

Indessen müssen sich doch die Vertragsstaaten zunächst die Frage vorlegen: welche Folgen hat die künstlich herbeigeführte Silberhauffe? Und welche Garantien bietet die Münzunion für die thatsächliche Aufrechterhaltung des vereinbarten Wertverhältnisses? Die neue Fixierung dieses Verhältnisses müßte entweder für die Silberländer die Entwertung ihrer bisherigen Umlaufmittel oder für die Goldwährungsländer eine indirekte Entwertung ihrer auf das Ausland laufenden Guthaben — da solche mit unterwertigem Silber getilgt werden könnten — zur Folge haben. So ginge die erste Frage dahin: soll man das Wertverhältnis von 1 : 15½ zu Grunde legen, und damit den Goldvorrat Englands, Deutschlands und Oesterreich-Ungarns und deren internationale Kreditforderungen entwerten? oder sollen die an einem Währungswechsel zunächst interessierten Staaten (Amerika, etwa auch Frankreich) ein Opfer bringen und sich dazu bereit erklären, daß man von einem dem heutigen Kurs entsprechenden Stande ausgeht? Noch bei jeder Konferenz erklärten die französischen Delegierten, daß Frankreich mit seinem Silbervorrat in der Höhe von mehreren Milliarden Mk. (in Fünffrancstücken) den Verlust unmöglich auf sich nehmen könne. Ebensovienig zeigte bisher die Union Geneigtheit hierzu. So läge es also an den Goldwährungsstaaten, mit dem Beispiel der Opferwilligkeit voranzugehen. Soll England, der Gläubiger und Bankier der Welt, die Gefahr auf sich nehmen, daß seine Guthaben in entwertetem Gelde heimgezahlt werden? sollen die Industriestaaten freiwillig auf das Übergewicht verzichten, das ihnen die Verbilligung des Rohstoffbezugs verschafft? Inwiefern würden sie durch dieses Opfer ihre Lage verbessern? Die Biometallisten versprechen die Beseitigung der Valutajchwankungen; die Segnungen der Doppelwährung würden so groß sein, daß kein Staat daran denken wird, den Währungsvertrag zu lösen.

Dementgegen legt Tritton dar, wie mit der neuen Freiprägung des Silbers nicht etwa das Endziel erreicht sei, sondern die Schwierigkeiten erst beginnen. Erwächst doch damit für die Regierung die neue Aufgabe: wie beschäftigt man das zu viel ausgebrachte Silber? Darüber entscheidet die Zahlungsbilanz der einzelnen Länder, die wirkliche Nachfrage zu Handelszwecken und zur Begleichung der internationalen Verpflichtungen. Mit der staatlichen Maßregel, mit der formalen Ausmünzung, ist ganz abgesehen von der Stimulierung der Silberförderung und von dem Angebot des Silbers, nicht einmal die unbefchränkte Nachfrage nach dem Silber gegeben, also auch die thatsächliche Festlegung seines Wertes noch gar nicht gesichert. Unter anderem fragt es sich z. B.: wie weit reicht die Internationalität des Biometallismus? Man ist wohl darüber einig, daß England einer etwaigen kontinentalen Münzunion gegenüber in kurzer Zeit das höherwertige Gold an sich gezogen haben würde. Wie steht es aber, wenn je einmal unter den Hauptkulturstaaten einschließlich Englands eine Konvention zu stande gekommen wäre, mit Japan, Indien, China? Bei einer Münzunion, die doch Jahrzehnte dauern soll, muß man auch mit dem Osten rechnen; wie heute schon auf dem Warenmarkt, so wird er bald auch auf dem Geldmarkt ein Wort mitsprechen. Die Biometallisten verlangen gerade die unumwandelbare Festlegung des Wertverhältnisses: ist nun eine solche für immer gesichert, wenn Europa das Universal-Wechselbureau zum Nutzen des Ostens bildet? Die genannten Länder werden sich um ein Wertverhältnis nicht kümmern, das die Gesetzgebung der Weststaaten festgesetzt hat. Zudem wir Silber über seinen Wert in

Zahlung nehmen, wird für die Bezahlung der von dorthier bezogenen Rohprodukte mit Gold ein Aufgeld bewilligt, und das europäische Goldkapital zum Auswandern ermuntert. Zur Ausgleichung der Bilanz, sowie für die Investierungen des europäischen Kapitals und unter der Einwirkung der Arbitrage wird — zwar nicht so rasch wie nach England, aber doch allmählich, gleich den wachsenden Wellen der Meeresflut, Gold nach Osten abfließen; Goldkrisen, wie wir erst kürzlich in Amerika erlebt haben, wären unvermeidlich. Bisher schlug, wie Tritton an der englischen und französischen Münzgeschichte zeigt, jeder Versuch, zwischen Gold und Silber ein verabredetes Wertverhältnis herzustellen, fehl: ebenso würde es auch bei einem internationalen Versuche gehen. Das ist das Ende, zu dem der Bimetallismus thatsächlich führt.

Reichsbank und internationale Doppelwährung.

Im gewöhnlichen Volk glaubt man, daß das Gesetz den Wert des Geldes und damit der Edelmetalle feststellen könne, unbekümmert um den innern Gehalt der Münzen und um die Bedürfnisse des Verkehrs und Geldumlaufs. Diese volkstümliche Anschauung haben gewisse bimetalistische Führer zu einer förmlichen Theorie ausgebildet; „das Gesetz ist es, das den Wert der Edelmetalle und die Kaufkraft des Geldes bestimmt,“ — dieser Satz bildet einen Lehrsatz in der Doppelwährungstheorie. Nach ihr braucht der Staat nur zu dekretieren, und über Nacht ist dann die Doppelwährung eingeführt, der Silberwert gehoben. In früheren Jahrzehnten hätte eine solche Anschauung, im Hinblick auf die damaligen Erfahrungen der Papiervährungsländer, einen sachkundigen Vertreter wohl kaum gefunden; denn man hatte gesehen, daß der internationale Verkehr sich über allen staatlichen Zwang hinwegsetzt, und daß zur Aufrechterhaltung einer festen Währung nicht etwa bloß formale Gesetze, sondern reale Unterlagen gehören.

Die gleiche Erfahrung nun haben neuerdings bei dem Versuche, die Goldwährung einzuführen, einige südamerikanische Staaten gemacht. Hierüber erhalten wir von M. Schinckel, Direktor der Norddeutschen Bank in Hamburg, folgende Darlegung:

„Nehmen wir als Beispiel zunächst Argentinien. Vor einem Jahrzehnt wurde dort die Goldwährung dekretiert. Zu ihrer Unterlage sollten papierne Geldversprechungen, nämlich $4\frac{1}{2}\%$ ige Goldobligationen der argentinischen Nation dienen. Aber bald darauf war die letzte argentinische Goldmünze aus dem Lande gegangen und die Goldprämie auf 300 Prozent gestiegen. Wohl war das Währungs- und Notenbedeckungsgesetz gut und die allgemeine wirtschaftliche Lage Argentiniens befriedigend. Aber die zu willfährige europäische Kreditgewährung und die Unrechlichkeit der Staats- und Bankbeamten verschuldete den Staatsbankrott.

Fast zu gleicher Zeit, wie in Argentinien, herrschte auch in Brasilien infolge großer ausländischer Anleihen und einer Reihe besonders reicher Ernten und günstiger Handelsbilanzen ein Goldüberfluß. Die Wilkreis notierten $27\frac{5}{8}$ d, Papiergeld erzielte eine kleine Prämie,

die Einwohner von Rio de Janeiro wurden durch einen besonderen Erlaß von der Verpflichtung entbunden, das Goldgeld in Zahlung nehmen zu müssen. Bald darauf, nach wenigen Jahren fiel der Goldwert der Milreis unter 10 d und erreichte die Goldprämie annähernd die Höhe von 200 Prozent. Der Grund lag in der Mißwirtschaft; trotz aller die Aufbesserung des Kurzes bezweckenden Regierungsdekrete wollte niemand mehr daran glauben, daß wirklich für ein Drittel der umlaufenden Banknoten das effektive Gold im Staatschatz deponiert liege. Das arme reiche Brasilien wird schlecht verwaltet und deshalb verloren die Gläubiger 60 Prozent ihres Kapitals.

Auch Chile hat in den letzten Monaten ein Metallwährungsexperiment gewagt, mit einem Währungsapparat, der lediglich aus Regierungsdekreten bestand. Zunächst hatte die dortige Regierung verfügt, daß in bestimmter Frist die Zahlungen in hartem Gelde zu einer Relation von 24 d pro Dollar Papiergeld, wieder aufzunehmen seien. Wider Erwarten fiel aber der Valutakurs mehr und mehr, anstatt zu steigen, hauptsächlich infolge einer besonders ungünstigen Gestaltung der Handelsbilanz. Die Regierung, fest entschlossen, auf Aufnahme der Barzahlung zu verharren, fuhr fort, Goldbestände durch Erhebung von Goldzöllen anzusammeln. Als indes der Kurs auf 12 d fiel, schreckte sie doch davor zurück, den Wert der Landeswährung binnen verhältnismäßig kurzer Zeit künstlich und auf ihre Kosten um 100 Prozent hinaufzudekretieren, und beschränkte sich darauf, zu verfügen, daß nunmehr am 1. Juni 1895 der Wert des Papierdollars 18 d sein und bleiben solle. Man sah, wie die Regierung Ernst machte und ihren Konversionsfonds durch den Verkauf von Salpeterländereien und durch europäische Anleihen vergrößerte. Da gewann die Spekulation Vertrauen zu den Verheißungen der Regierung; jedermann glaubte einen Verdienst von 50 Prozent, den die Regierungsdekrete in Aussicht stellten, mitnehmen zu können, und es wurden bei dem Kurse von 12 d so viele Trassierungssorders nach Chile gelegt und derartig mit Rinesse zurückgehalten, daß der Kurs auf 17 d stieg. Nun fing die Spekulation an, ihren Gewinn zu realisieren; alle, die geholfen hatten, den Kurs von 12 d zu steigern, zogen jetzt ihr Geld mit 40 Prozent Nutzen aus Chile zurück.

Das Remittieren von Goldmünzen nach Europa an Stelle von Wechseln kostet ca. $\frac{1}{4}$ d und es rentiert daher der Goldexport erst, wenn der Kurs unter $17\frac{3}{4}$ d sinkt. Jetzt erwartet naturgemäß niemand mehr eine Steigerung des Kurzes; aber niemand scheint auch mehr Geld in Chile belassen zu wollen, als er notwendig dort braucht, weil der Kurs eben nur nach unten gehen kann. Auch jetzt wieder wird es nicht an Dekreten fehlen, welche den Goldexport unmöglich machen sollen. Schon Mitte Juni aber hatte derselbe einen solchen Umfang gewonnen, daß die Regierung weder gewagt hat, den Kurs durch kostspielige forcierte Trassierungen auf $17\frac{3}{4}$ d zu halten, noch ihre Goldbestände durch weitere Umwechslung der Banknoten in Gold aufzuopfern. Inzwischen ist der Kurs unter 17 d gesunken; es besteht also tatsächlich bereits eine Goldprämie von 6 Prozent, die mit solch enormen Opfern erkaufte Wiederaufnahme der Barzahlungen hat in Wirklichkeit nur 14 Tage vorgehalten.

Nun war es allerdings ein Mißgriff, daß die dortige Regierung schon viele Monate vorher vor aller Welt die Relation zwischen Papiergeld und harter Münze bestimmt hat. Aber niemand wird behaupten können, daß

es Chile an der finanziellen Kraft gefehlt hat, die dekretierte Währung einzuführen oder an dem ehrlichen Willen, diese Währung aufrecht zu erhalten. Und dennoch, schon in 14 Tagen derselbe Mißerfolg wie in Argentinien und Brasilien! —

Aber nicht nur durch die Erfahrung dieser südamerikanischen Staaten, sondern auch durch die mancher europäischer Staaten, wie z. B. Italiens, ist der tatsächliche Beweis erbracht, daß trotz des besten Willens und trotz untadelhafter Münzgesetze nicht jedes Land im stande ist, die durch Münzdekrete eingegangenen Verpflichtungen dauernd zu erfüllen, und den Geldumlauf mit dem erforderlichen Hartgeld dauernd auszustatten. Wenn aber in dieser Beziehung schon auf ein einzelnes Land kein Verlaß ist, wie viel weniger noch auf einen internationalen Währungsbund!

Eine Währung, d. h. deren Aufrechterhaltung, auf die es allein ankommt, läßt sich eben nicht dekretieren! Dazu gehört viel mehr! Zur Aufrechterhaltung einer festen, keinerlei Schwankungen und Gold- oder Silberprämien unterworfenen Währung gehört eine ehrliche Regierung, eine kräftige und stabile Finanzwirtschaft, eine gewisse Kapitalkraft und Konkurrenzfähigkeit, eine aktive Zahlungsbilanz und vor allen Dingen als Regulator für die stets wechselnden Strömungen wirtschaftlichen und politischen Ursprungs, denen diese drei Faktoren ausgesetzt sind, ein sehr feinfühliges und gut organisierter Apparat in Gestalt einer Landesbank, auf welche sich die Regierung in Zeiten politischer Kämpfe stützen kann, ohne sie ausbeuten zu dürfen; dieses Institut hat der Aufgabe gerecht zu werden, als Wächter über die Reinerhaltung der Landeswährung für die Durchführung und Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu sorgen, durch eine vorausschauende Diskont- und Valutapolitik die Folgen der stets wiederkehrenden wirtschaftlichen Krisen abzuschwächen und einem zu starken Abströmen der Barbestände in das Ausland vorzubeugen. Argentinien, Brasilien und Chile hat es vor allem gänzlich an diesem so wichtigen Faktor gefehlt, an dem unantastbaren Wächter über ihre mit solch großen Opfern eingeführte Währung.

Nun kommt noch dazu, daß ein Währungsbund, soll er überhaupt von Dauer sein, eine gewisse Ebenbürtigkeit der Einzelstaaten in ihrer Kapital- und Produktivkraft, sowie die Einrichtung einer komplizierten Bankorganisation zur Voraussetzung hat. Wir haben gesehen, daß nur dort Vertrauen zu der Aufrechterhaltung der gesetzlichen Währung gefaßt wird, wo die Regierung, die Finanzverwaltung und der wirtschaftliche Haushalt sich auf eine unantastbare und korrekt geleitete Landesbank stützen können. Wie denken sich nun die Herren Mirbach und Genossen in der Praxis die Politik der Bankverwaltungen dem von ihnen dekretierten Währungs-Staatenbund gegenüber? Ist bei den beteiligten Staaten eine derartige Einheitlichkeit der Interessen vorhanden, daß man auf eine einheitliche Bankpolitik hoffen könnte? Jeder wird zugeben, daß auch in Zukunft, trotz eines Münzbundes, die Interessen Englands, Frankreichs und der Vereinigten Staaten nicht immer mit denjenigen Deutschlands zusammenfallen werden. Soll nun der Präsident der deutschen Reichsbank in Zukunft das Interesse der französischen Regierungspolitik, der amerikanischen Finanzwirtschaft und der englischen Wirtschaftspolitik verfolgen, oder wird es nicht vielmehr darauf hinauskommen, daß die Banken von England, Deutschland und Frankreich und das amerikanische Schatz-

amt, welche eigentlich dazu berufen sein würden, eine gemeinsame Münzpolitik des Währungsbundes zu betreiben, sich im Einzelinteresse ihrer Staaten fortwährend zu bekämpfen haben?“

Die Währungsreform in Österreich-Ungarn.

Die Einführung der Goldwährung in Österreich-Ungarn schreitet stetig weiter. Der Goldbesitz Österreichs betrug zu Anfang Juli 200 Mill. Gulden, der der ungarischen Regierung 100, der der Bank 40 Millionen Gulden. Von 1892 bis Juli 1895 wurden in der Wiener Münze zusammen 169 Mill. Gulden in goldenen Zwanzig-Kronenstücken geprägt. Ferner sollen nach dem Valuta-Gesetze 140 Millionen Silberkronen geprägt werden; die bisherige Ausmünzung umfaßt — nach der N. Fr. Presse — 87,2 Millionen Kronen oder mehr als 60 pCt. des gesamten Quantums. Au Nickelmünzen zu 10 und 20 Helleru sollen im Ganzen 21 Millionen Gulden hergestellt werden. Bisher wurden 17,7 Millionen Gulden ausgebracht; die Prägung des ganzen restlichen Kontingents soll noch im laufenden Jahre erfolgen. Die gesamte Prägung der Bronzemünzen soll 9,1 Millionen Gulden umfassen; bis jetzt wurden 1,3 Millionen Gulden hergestellt, die Ausmünzung des Restes soll auf die nächsten fünf Jahre aufgeteilt werden. Von Ein-Hellerstücken wurden 85,6 Millionen Stück im Werte von 432,000 fl. ausgeprägt.

Wirft man auf die bisherige Entwicklung der Einführung der Goldwährung in Österreich-Ungarn einen Blick zurück, so fällt einem zunächst die Hauptschwierigkeit auf, welche ihr entgegenstand. Es war dies die Menge der umlaufenden, gänzlich ungedeckten Staatsnoten zu 1 und 50 Gulden in der Höhe von 312 bezw. 412 Millionen Gulden. Die Beseitigung dieser Zettel, die Ersetzung der Staatsnoten durch Noten der österreichisch-ungarischen Nationalbank, für welche der Staat das zur Deckung nötige Gold im Wege der Aufnahme eines entsprechenden staatlichen Goldanlehens zu beschaffen hatte, mußte die erste Sorge sein. Diese Umwandlung nun ist heute so weit gediehen, daß sie zwar einstweilen noch nicht für das große Publikum, wohl aber für den Staat wie für die Bank als durchgeführt gelten kann. Der altgewohnte „Einser“, die Einguldennote, ist aus dem Verkehr jetzt schon gänzlich geschwunden und durch den Silbergulden ersetzt; nur 3 Millionen von den alten Einsers-Noten sind noch nicht zur Umwechslung präsentiert; doch dürfte der größere Teil davon überhaupt verloren gegangen sein. Behufs Beseitigung der übrigen noch umlaufenden Staatsnoten und zum Zwecke der Aufnahme der Barzahlungen in Gold haben, wie bekannt, die beiderseitigen Regierungen ein Finanzkonsortium mit der Beschaffung von effektivem Gold gegen staatliche Schuldentitres betraut. Die vom Währungsstandpunkt aus allein bedeutende Frage lautet nun dahin: Hat der Staat von dem Finanzkonsortium, hat die Münzstätte vom Staat das entsprechende Gold zu den im Vertrag vereinbarten Terminen erhalten? Ist etwa das Konsortium bei Beschaffung des Goldes auf die von bimetalлистischer Seite so bedrohlich geschilderte Goldknappheit gestoßen?

Schon der erste Versuch der Goldbeschaffung in größerem Maß-

stabe, hieß es, würde den Diskont in allen Goldwährungsändern empor-schnellen und den Edelmetallmarkt fieberhaft erregen. Nach der bimetal-listischen Lehre von der Goldknappheit mußte man auch annehmen, und wurde von Professor Laveleye auf dem Kölner Kongress von 1882 direkt behauptet, daß der Übergang eines weiteren Reiches, der zudem in zwei Jahren durchgeführt und von den Einkäufen des amerikanischen Gold-syndikats begleitet wurde, „die ganze Welt mit Unruhe erfüllen werde“. Wie hätten die großen Notenbanken ihre Goldvorräte verteidigen müssen, wenn die bimetalistische Theorie richtig wäre!

Nichts von all dem ist geschehen.

Wie erinnerlich entfielen von dem Bedarf der Gesamtmonarchie für die Herstellung der Valuta 183½ Millionen Goldgulden auf Öster-reich, und wurde der österreichische Finanzminister durch Gesetz vom Jahr 1892 ermächtigt, diese Summe durch Ausgabe von Staatsschuldverschrei-bungen zu beschaffen. Der auf Österreich entfallende Betrag für Ein-lösung der Staatsnoten beziffert sich auf 143½ Millionen Gulden Gold. Diese ganze Summe befindet sich heute bereits in Händen des österreichi-schen Finanzministers. Er hat für die ferneren Zwecke der Valutareform noch 39½ Millionen Gold zu begeben. Daß das Finanzkonsortium sich diese Restsumme heute schon gesichert hat und jederzeit ohne Schwierigkeit wird einliefern können, ist sicher und nach dem Erfolg der Beschaffung jener 144½ Millionen Gulden, gleich 287 Millionen Mark, ohne weiteres einleuchtend. Ungarn verfügte bekanntlich aus den Überschüssen seines 1890 er Staatshaushalts und anderweitigen verfügbaren Beständen über den ihm zur Last kommenden Betrag für die Valutaregulierung. Man ist berechtigt, anzunehmen, daß Ungarn seinerseits mit der Beschaffung des effektiven Goldes für die Währungsreform vollständig zum Ziele gelangt ist.

Das Finanzkonsortium ist bei seinen Operationen zur Beschaffung des Goldes nicht nur auf keinerlei Schwierigkeiten gestossen, sondern es hat auch, infolge der ungeahnt großen Goldabundanz, die ihm von der Regierung eingeräumte Goldprämie von ¾% ganz für sich eingeheimst.

Die nächstfällige Rate der Goldablieferung ist bereits von dem Konsortium der Finanzverwaltung eingezahlt worden, obgleich gar nicht auf besondere Pünktlichkeit gedrungen wurde, da sämtliche Münzen der Monarchie noch für längere Zeit voll beschäftigt sind, und zwar haupt-sächlich mit Goldprägungen (die Silberprägungen sind in der Hauptsache abgeschlossen). Bezüglich dieser jüngsten Goldablieferung verdient noch Beachtung, daß dieselbe zu ihrem überwiegenden Teil aus gemünztem deutschem Golde bestand. Deutschland also hat so große Posten öster-reichischer Papiere gegen bar aufnehmen können, ohne daß davon die Reichs-bank und der Geldmarkt irgendwie berührt worden wären; statt der an-geblieben Goldknappheit zeigt der Verkehr in Deutschland, ähnlich wie in Frankreich, vielmehr eine Goldüberfättigung.

Das zusammengehalten beweist, daß die Beschaffung von einer halben Milliarde Mark Gold innerhalb zweier Jahre für neue Goldwährungs-Zwecke möglich war, ohne daß solche auf die Wechselkurse, auf den Goldmarkt oder auf den Diskont in London, Paris und Berlin auch nur die geringste Einwirkung ausgeübt hätte. Der Zinsfuß ist niedriger denn je; ebenso haben die europäischen Zentralbanken noch nie so viel Gold als zu der Zeit besessen, da Österreich-Ungarn (und Nordamerika) sich für die verschiedenen hundert

Millionen Mark Gold verschaffen. Nirgends verursachte die Valutaregulierung die geringste Störung, vielmehr „herrscht ein solcher Überschuß an Zirkulationsmitteln, daß die Überdeckung unserer Banknoten jetzt sogar chronisch ist.“

So nimmt sich der Grundstein und der Ausgangspunkt der bimetalistischen Lehre in der That aus. —

Sieht man von der vorübergehenden anfänglichen Unlust des auswärtigen Marktes, die österreichischen Währungstitres aufzunehmen, ab, so ist die ganze Durchführung der Reform bis jetzt nicht auf die mindesten Schwierigkeiten gestoßen. Das Goldagio wurde bis unter ein Prozent herabgedrückt, obschon der genaue Zeitpunkt, zu welchem die Barzahlung aufgenommen werden wird, heute noch nicht bestimmt werden kann; bei der Wahl desselben wird man wohl noch eine günstigere Gestaltung der Handelsbilanz erwarten müssen. Erst in jüngster Zeit erwuchs eine Gelegenheit, und zwar durch die in Wien wie allwärts überraschend gekommene Ankündigung seitens des deutschen Reichskanzlers, daß er eine neue Währungskonferenz einzuberufen gedenke. Dadurch erhielten die bimetalistischen Anschauungen unerwartet eine gewisse Bedeutung, die sie in Österreich vorher nie gehabt; besonders in einigen Agrarländern, wie in Galizien gewannen sie einigen Boden. Die Reform nämlich wäre in der beschlossenen Gestalt kaum durchzusetzen gewesen, wenn nicht die Meinung unerschütterlich bestanden hätte, daß Deutschland nicht daran denke, an seiner Währung etwas zu ändern. Nun fragen aber die Bimetallisten nicht ohne eine gewisse Berechtigung: wenn Deutschland mit seiner Währung zufrieden wäre, was könnte dann gerade seine Regierung veranlassen, die Initiativen zu einer neuen Währungskonferenz zu ergreifen? — —

Die Feinde der Landwirtschaft.

Wer nicht alles unterzeichnet, was die Herren v. Kardorff, v. Mirbach, v. Sydow=Dobberphul und andere Herren vom hohen oder niederen Adel über die Währung behaupten, ist nach der von ihnen ausgegebenen Parole ein Feind der Landwirtschaft. Dieser Parole folgend haben die agrarischen Blätter auch gleich den württembergischen Landtag, als er sich am 12. Juni gegen die Doppelwährungs-Phantasien erklärte, zu den Feinden der Landwirtschaft geworfen. Die „Mecklenburger Nachrichten“ z. B. vom 14. Juni knüpften an den Bericht von der Abstimmung mit frommem Augenaufschlag die Bemerkung: „Das württembergische Votum ist sehr zu beklagen. Freilich kann es weder verwundern noch überraschen. Das städtisch-kapitalistische Interesse ist überall das politisch maßgebende und man denkt auch nirgends daran, dem Landmann mit „kleinen Mitteln“ zu helfen, nachdem man ihm die großen versagt hat.“

Daß aber der württemb. Landtag doch daran denkt, dem Landmann mit rationellen Mitteln zu helfen, das hat er soeben in einer Reihe von außerordentlichen Unterstützungen vom 2.—4. Juli bewiesen, indem er für den Verband landwirtschaftl. Genossenschaften und Molkereien 120 000 M., 400 000 M. zu Gunsten der Wasserbeschädigten des Spachthales bewilligt

und außerdem genehmigt hat, daß der Rückzahlungstermin für die Notstandsdarlehen um weitere zwei Jahre verlängert wird. Es sind das Beträge, die für ein kleines Land, wie Württemberg, nicht gerade zu den „kleinen Mitteln“ gehören; zudem waren, wie wir noch anfügen möchten, von diesem „städtisch-kapitalistisch“ angefressenen Feinde der Landwirtschaft kurz zuvor für die landwirtschaftlichen Zwecke (z. B. für Hebung der Rindviehzucht u. a. 146 000 M., für die der Pferdezuucht drei Beträge mit zusammen 250 000 M., für Einbürgerung der Hagelversicherung 160 000 M., für die Subventionierung der landwirtschaftlichen Bezirksvereine 26 000 M. u. s. w.) verhältnismäßig so hohe Etatsposten bewilligt worden, als wohl von keinem andern Landtag Deutschlands.

Wirkungen der Silberwährung.

Im Juniheft der „North American Review“ giebt Don Romero, der mexikanische Gesandte in Washington, eine interessante Auseinandersetzung über den Einfluß der Silberwährung auf die wirtschaftliche Lage Mexikos.

Ähnlich wie D. Wülffing, so sieht auch Romero in der augenblicklichen Stimulierung des Exports und der Erschwerung der Einfuhr eitel Glück. Er übertreibt die Wirkung der in der Silberwährung liegenden Exportprämie: denn für ein Land von 800 000 □-Meilen und 13 Millionen Einwohner bedeutet eine Rohprodukten-Ausfuhr von 27—28 Millionen Dollars immer noch sehr wenig; es ist gerade die zu geringe Lebhaftigkeit des Handelsverkehrs, die größeren Preis- und Lohnschwankungen im Wege steht. Romero verkennet ferner die wirklich treibende Ursache der Exportzunahme, denn die liegt nicht etwa in der Währung, sondern in dem amerikanischen Unternehmertum und Kapital. Weiter übersieht er, daß, wie die Geschichte der aus jeder Valutaverschlechterung erwachsenen Krisen zeigt, auch für Mexiko naturnotwendig auf die Inflation eine Reaktion folgen muß, daß ferner dort an dem Emporkommen der Rohproduktion, wie der Industrie in erster Linie reale Faktoren mitwirken: das jungfräuliche, früher fast unkultivierte, dem Parteihader überlassene Land mußte von dem Augenblick, da es sich wieder stabiler Verhältnisse erfreute und mit fremdem Kapital und den vom Ausland erstellten Eisenbahnen erschlossen werden konnte, aufblühen und entsprechend exportfähiger werden. Wäre die Valutadifferenz in der That von nachhaltigem volkswirtschaftlichem Nutzen, dann wäre die Valutaregulierung seitens Österreich-Ungarns ein sehr unüberlegter Schritt und das Ideal eines Volkshaushalts die Assignatenwirtschaft zur Zeit der französischen Revolution.

Die angeblichen Vorteile nun haben aber nach Romero doch — und da kommt der Pferdesuß hervor — auch einige Schattenseiten. Als solche zählt er auf: 1) Einfuhrerschwerung bzw. Preissteigerung für Importartikel zur Höhe der Ueberschwinglichkeit für die mittleren Klassen; 2) Schwankungen des Silberpreises wirken noch importhemmender als der niedrige Silberpreis an sich (zugleich würdigt Romero die Nachteile, die das immerwährende Spek-

lieren in Gold für alle Kreise mit sich bringt, nicht genügend; 3) Die Einfuhr-Erschwerungen verringern die Bundeseinkünfte aus Zöllen, bisher die Haupteinnahmequelle des Staates; die Regierungsverpflichtungen in Gold (auswärtige Schuld, Gehälter der Diplomaten, Konsuli, Kriegsmaterial u. s. w.) haben sich verdoppelt, die Folgen davon sind höhere Steuern; 4) Die Eisenbahnen leiden ähnlich, sie nehmen von dem Publikum minderwertiges Silber ein und haben für Zinsen und für ihr Betriebsmaterial Gold zu erlegen; 5) Die ausländische Zufuhr vermittelt der Bahnen hat stark abgenommen; allerdings werde dies, wie Romero behauptet, durch die Zunahme des Lokalverkehrs völlig ausgeglichen; aber er bleibt uns dafür den Beweis schuldig, daß dies der Silberwährung zu verdanken sei; die Annahme, daß dies dem aus dem Jahrhunderte langen Winterschlaf erwachenden Unternehmertum zuzuschreiben sei, liegt näher.

Einen weiteren Beitrag zu der Behauptung Arendts über die Stabilität der Preise in Mexiko, womit er die angebliche Goldknappheit beweisen möchte, giebt eine in der New-Yorker Handelszeitung vom 5. Juli mitgeteilte Auslassung eines Amerikaners, der lange Zeit in Mexiko gelebt hat. Nach diesem Gewährsmann stehen in Mexiko Baumwolle und Weizen höher im Preis als in den Vereinigten Staaten, weil davon im Lande nicht genug für den einheimischen Bedarf produziert wird. Der Preis dieser einheimischen Produkte wird durch die Knappheit des Ertrags und den Zoll auf die Einfuhr bestimmt. Außerdem sind, seit Silber um die Hälfte billiger wurde, alle Produkte des Landes, die im Welthandel in Wettbewerb treten, entsprechend teurer geworden. Die alten Preise gelten nur noch für solche Artikel, die nicht zur Ausfuhr gelangen. Selbst Kaffee, eines der Stapelprodukte des Landes, ist so sehr im Preise gestiegen, daß er für den Bauern und die arbeitenden Klassen unerschwinglich geworden ist; der Genuß von Rindfleisch ist eine Seltenheit. Auch der mexikanische Gesandte Romero teilt zum Schluß mit, „daß die niedrigen Löhne jetzt stark zu steigen beginnen“ und hebt zuvor ausdrücklich hervor: „Während der Preis der Lebensmittel für die ärmeren Klassen, mit Ausnahme derjenigen Artikel, für die der Auslandsgoldpreis maßgebend ist, nicht zugenommen hat, hat sich der Lebensunterhalt der mittleren und reicheren Klassen, die ausländische Waren gebrauchen, verteuert.“ „Für die arbeitenden Klassen,“ heißt es in dem Bericht der New-Yorker Handelszeitung weiter, „bringt die Silberwährung wenig gutes. Die Löhne sind niedrig und der Lebensunterhalt ist teurer geworden. Die Lebenshaltung der Peonen und Arbeiter ist die denkbar niedrigste. Weizenbrot mit Zwiebel- und Pfefferkorn bildet den Hauptbestandteil der Nahrung; als Getränk dient Pulque. In der Stadt Mexiko und auf den Pflanzungen beträgt der Tagelohn 12½—25 Cents; die Entschädigung für höhere Arbeitsleistungen ist dementsprechend.“ Man ersieht daraus, daß die Kaufkraft des Silbergeldes allmählich, zuerst für den Weltmarktartikel, auf den Weltmarktpreis des Rohsilbers herabsinkt.

Gleichzeitig führt das „Philadelphiaer Tageblatt“ über die Lage der Arbeiter in Mexiko an: „Die Mieten sind in jedem Teile der Republik sehr hoch, höher als in den Vereinigten Staaten, und ein anständiges Häuschen oder Zimmer, auch nur halb so gut, wie es die Arbeiter in den Vereinigten Staaten bewohnen, ist vollständig außer Reich der bezahlten Arbeit. Das ist keine Übertreibung. Die ganze schweißtreifende Masse der Arbeiter lebt zum größten Teil in Erdhöhlen und schläft auf

dem Boden. Möbel sind so teuer, daß man ein Jahreseinkommen braucht, um eine Bettstelle zu kaufen. Einer dieser Arbeiter erzählte mir, daß er nicht imstande sei, von seinem Einkommen mehr als zweimal monatlich Fleisch zu kaufen, und solches Ding, wie Geld beiseite zu legen, um ein „Home“ zu kaufen, sei absolut unbekannt und niemand träume auch nur davon. Die einzige Nahrung, welche die Arbeiterklassen bezahlen könnten, sei „tortilla“, eine Art Maisbrot, die „frijola“, eine Art geschmackloser Bohnen, „chila“ und „pulqua“. Irgend welcher Putz in Kleidung sei den Frauen der arbeitenden Klassen unbekannt. Sie tragen ein loses, aus rauher Baumwolle gemachtes Gewand, „manta“ genannt. Dasselbe kostet 18 Cents die Yard und ist ungefähr der billigste Stoff, der erlangt werden kann, um die nackte Form zu verhüllen.“

Civilliste und Doppelwährung.

Was der Bimetallismus und dessen Vermehrung der Umlaufsmittel für alle diejenigen bedeutet, die ihre Einnahmen in festen Bezügen genießen, ist bekannt. Als einmal Professor Roscher unter seinen Zuhörern auch den König von Sachsen bemerkte, unterließ er es nicht, den Einfluß der Doppelwährung auf die Civilliste zu beleuchten. Es ist ein großer Unterschied, ob die 40 und mehr Millionen Mark, die in Deutschland unter diesem Titel jährlich gezahlt werden, in gutem Goldgelde oder in entwerteter Valuta abgeliefert werden. Mit Einführung der Doppelwährung müßte zugleich eine Erhöhung der Civillisten eintreten. Daß diese Maßregel nicht sehr populär wäre, brauchen wir nicht darzulegen: sollen sich hiefür die Bundesfürsten den Utopien der Herrn Mirbach, Kardorff und Genossen zuliebe begeistern? Die bimetallistischen Blätter lieben es gegenwärtig, zu berichten, daß die Goldpartei ungemein Angst vor der Währungskonferenz habe und das Scheitern dieser Konferenz ein beliebtes Thema der Goldwährungspreffe bilde. Wir verfolgen die deutsche Presse genau, aber weder in der einen noch in der andern Beziehung haben wir eine Anklage gefunden; so groß scheint also die geschilderte Angst nicht zu sein. Die Bimetallisten werden es schwerlich über einen Höflichkeitserfolg bringen; das ist immerhin etwas, da sie sich bislang mit Heiterkeitserfolgen haben begnügen müssen.

(Nach der Bresl. Morgenztg. v. 13. Juli 1895.)

Der Sprung ins Dunkle.

Welchen Einsatz das Deutsche Reich bei einem Währungswechsel riskieren würde, legte kürzlich Bankdirektor D. Büßing in einem trefflichen Vortrage dar. Er führte zuerst aus, wie unser Kredit und unsere Großmachtsstellung im internationalen Verkehr auf der Goldwährung beruht und beide durch eine Aenderung dieser Währung gefährdet würden. Nach den bimetallistischen Vorschlägen sollen die Umlaufsmittel der Welt durch

ein im Wert künstlich gesteigertes Silbergeld etwa um jährlich 6—700 Millionen Mark vermehrt werden. Die Folge wäre, während der Güterumsatz der gleiche bliebe, eine allmähliche Steigerung der Preise, sowie eine allmähliche Entwertung aller Forderungen, fester Bezüge und Ansprüche, die bisher ausschließlich auf Gold lauteten, insbesondere also der Löhne, Gehälter und Pensionen, aber auch der jetzt auf Gold lautenden Staatspapiere und anderer Obligationen, die dann auch in Silber zahlbar wären. Die Schuldner würden einen unberechtigten Gewinn machen; hiebei „denkt man sich,“ legte Büsing dar, „gewöhnlich unter einem Schuldner jemanden, der im Verhältnis zu seinem Gläubiger der wirtschaftlich Schwächere ist und dem daher eine Erleichterung seiner Last wohl zu gönnen sei. Dies ist aber durchaus nicht zutreffend. Ich verweise auf die ungezählten Milliarden Schulden der Staaten, der Kommunen, Provinzen und Kreise, auf die Milliarden der von den Bodenkredit-Instituten ausgegebenen Pfandbriefen, auf die von den Industrie-, Eisenbahn- und anderen Gesellschaften emittierten Obligationen, auf die von den Bank- und Kreditinstituten angenommenen Depositengelder und endlich auf die Millionen Einlagebücher, welche die Sparkassen ausgegeben haben. Alle diese Schuld-papiere befinden sich in den Händen des Publikums und zu einem sehr großen Teile in den Händen der wenig bemittelten kleinen Leute. In allen diesen Fällen ist der Schuldner, welcher von der Geldverschlechterung profitieren würde, der wirtschaftlich Stärkere und der Gläubiger, der geschädigt werden würde, der wirtschaftlich Schwächere.“

Die Zukunft Ostasiens und die deutsche Industrie.

Die Agrarier geben sich alle Mühe, der deutschen Industrie zu beweisen, daß sie infolge der Goldwährung krank sei. So variiert die Krenzeitung vom 18. Juni wieder die alte Behauptung, daß die Konkurrenzfähigkeit und die Produktivkraft der Silberwährungsländer auf die Dauer durch die Goldwährung beeinflusst werde. Fassen wir den Sinn ihrer unklaren Ausführungen zusammen, so soll damit gesagt werden, der Silberfall fördere die produktive Anlage von Kapital in ostasiatischen Industriezweigen, verbillige die Arbeit und den Rohstoff, und erleichtere damit das Aufkommen der dortigen Konkurrenz. Von diesen Punkten nun ist wohl der eine, der die Kapital-Anlage und die Hervorrufung neuer Industrien betrifft, schon durch die bisherigen Erfahrungen, namentlich in Indien, genügend klar gestellt. Danach ist für das europäische Kapital die Anlage wegen der drohenden Kursverluste unverhältnismäßig riskant, für den ostasiatischen Unternehmer aber die Gründung einer Fabrik heute viel schwieriger, als in der Zeit vor der Silber-Entwertung: muß er doch die Fabrikeinrichtungen und Maschinen aus Europa beziehen und da Europa nach Gold rechnet, viel teurer bezahlen, als zu der Zeit, da die Unze Silber noch 60 $\frac{7}{8}$ Prozent galt. Wie sich ferner die Krenzeitung die Verbilligung des Rohstoffs und die Herabminderung des Arbeitslohns vorstellt, legt sie nicht näher dar. Jeder Silberfall, meint sie, mindere den Goldpreis der Arbeit, die Steigerung der Waren-

preise mache es den minder bemittelten Verbrauchern unmöglich, fremde Waren anzukaufen. Also geringere Kaufkraft des Lohnes bei steigenden Warenpreisen ist die Folge der Geldverschlechterung. Daß eine Geldverschlechterung bei uns, wie sie die Agrarier anstreben, diese Folgen, nämlich eine Benachteiligung der arbeitenden Klassen mit sich bringt, haben wir stets behauptet; und deshalb ist uns dies Zugeständnis wertvoll. Das ist die besondere Art von Arbeiterfreundlichkeit, deren sich Dr. Arendt erst kürzlich wieder so sehr gerühmt hat. Daß übrigens der billige Arbeitslohn im Osten nicht mit der Goldwährung, sondern mit der außerordentlichen Genügsamkeit der Arbeiter zusammenhängt, ist allbekannt. Auch in den Vereinigten Staaten schlagen die Chinesen den weißen Arbeiter überall, wo sie mit ihm in Konkurrenz treten, aus dem Felde, trotzdem sie in Amerika erheblich teurer leben wie in China, und trotzdem sie dort die gleiche Goldwährung haben wie der amerikanische Arbeiter.

Endlich soll der Silberfall auch den Rohstoff verbilligen und dadurch das Auskommen der ostasiatischen Konkurrenz erleichtern. Träfe dies je unbeschränkt zu, so hätte ja Deutschland sich bisher gerade einen billigeren Bezug der Rohstoffe durch die Goldwährung gesichert. Indes will es der Zufall, daß gerade in den letzten Jahren, in der Zeit der größten Silberentwertung, z. B. die indische Baumwolle im Verhältnis teurer war, als die im Goldwährungsland Amerika produzierte! So trifft von all den aufgeführten Voraussetzungen, auf denen so feste Schlüsse aufgebaut werden, thatsächlich auch nicht eine zu; insbesondere hat die enorme Entwertung des Silbers in den letzten zwei Jahrzehnten auf den Lohn und Warenpreis im Osten nur wenig Einfluß ausgeübt; das hat eine anerkannte Autorität, der K. Gesandte M. von Brandt eingehend dargestellt, ohne Widerspruch gefunden zu haben. Wenn nun der Silberkurs bisher trotz der größten Schwankungen Preis und Lohn im Osten nicht beeinflusst hat, warum soll er nun auf einmal, nachdem er heute eine gewisse Stabilität erlangt hat, die von der Kreuzzeitung geschilderte Wirkung ausüben?

Wenn einmal je all das thatsächlich zutrifft, was die Kreuzzeitung als heute schon vorhanden schildert, dann ist die Goldwährung der letzte Grund, weshalb diese Entwicklung eingetreten ist. Daß die ostasiatische Industrie uns noch einmal sehr unbequem werden wird, ist nicht zu bezweifeln. Aber mit der Silberentwertung hat das nichts zu thun; vielmehr liegt, wie auch manche Vimetallisten z. B. in Hongkong zugeben, der Stoff zu der Entzündung des industriellen Kampfes in den realen Faktoren der verschiedenartigen Produktionsbedingungen, der verschiedenen wirtschaftlichen und Arbeiterverhältnisse. Wie der letzte japanische Krieg gezeigt hat, beginnt sich der äußerste Osten von Europa zu emanzipieren; nicht nur die japanischen Generale und Admirale, auch die japanischen Ingenieure haben sich technisch in Europa ausgebildet. Die Rohmaterialien, deren sie bedürfen, Kohle, Erze, Baumwolle, haben sie in Hülle und Fülle im Land, die Arbeit ist billig; es fehlt nur noch das Kapital. Dieses wurde bisher wegen der Silberentwertung von Europäern nur in beschränktem Maß dort angelegt; sollte aber der Silberpreis nun stabil bleiben, dann ist es schon möglich, daß auch dieser letzte Hindernis für die Entwicklung Ostasiens wegfällt. Insofern war die bisherige instete Lage des Silbermarkts geradezu ein Glück für unsere Industrie; denn nur hierdurch wurde verhindert, daß Japan schon bisher einen ähnlichen ge-

werblichen Aufschwung nahm, wie es sich militärisch entwickelt hat. Wir kehren deshalb die Frage, die die Kreuzzeitung gestellt hat, um, und schließen: Sollten es die deutschen Silberenthufiasten immer noch über sich gewinnen können, vor all den aufgeführten Thatfachen die Augen zu verschließen?

Ein unwiderleglicher Gegner der Goldwährung.

Es ist jetzt kaum ein halbes Jahr her, daß die Rhein.-Westfälische Zeitung (vom 20. Dezember 1894 Nr. 351) im Rückblick auf die Silber-enquete von 1894 bemerkte: „D. Wülfing (Fabrikant in M.-Gladbach) war in der Silberkommission der einzige Fabrikant und Exporteur und als solcher voll berechtigt, seine Stellung zu wahren, so unbequem das denen ist, die gerne die Industrie in der Währungsfrage in einen ganz falschen Gegensatz zur Landwirtschaft bringen möchten.“ Es sei schade, daß Wülfings Gegner ihre Kenntnis der Industrie nicht dazu „verwertet haben, um ihn gründlich heimzuleuchten. Aber sie müssen das wohl nicht gekonnt haben, und ein Gegner, der nicht widerlegt werden kann, ist allerdings unbequem.“

Seitdem hat die Rhein.-Westfälische Zeitung auf diese Auslassung mehrfach eine sehr deutliche Antwort erhalten! Zunächst kann heute von den bimetallistischen Blättern, nachdem die einzelnen Handels- (und Gewerbe-)kammern, wie die einzelnen Industriellen sich so einmütig zu Gunsten des Vereins zum Schutz der deutschen Goldwährung ausgesprochen haben, Wülfing nicht mehr als der Vertreter der gesamten deutschen Industrie ausgespielt werden. Noch schlimmer steht es mit seiner Unwiderleglichkeit: inzwischen ist Herr Wülfing recht gründlich heimgeleuchtet worden, zunächst im März von Dr. Soetbeer, der Herrn Wülfing nachwies, daß er die Papierwährungsländer Argentinien und Chile — letzteres Land ist übrigens mit dem 1. Juni 1895 zur Goldwährung übergegangen — tendenziös unter die Silberländer gruppiert habe, dann von dem Vertreter der Frankfurter Handelskammer auf dem deutschen Handelstag vom 4. April, der die thatsächlich unter den Industriellen herrschende Stimmung darlegte, ferner in der Frankfurter Zeitung vom 18. April und im „Export“ in einigen Aprilnummern, vor allem aber von dem engeren Landsmann Wülfings, P. Busch in München-Gladbach.

Auf der vorjährigen Berliner Silber-enquete-Kommission erklärte D. Wülfing am 5. Juni, dem Tage vor deren Schließung: „Ich gebe zu den Akten der Kommission ein Muster Baumwollgarn Nr. 20 Ringthrostle Water von der Britannia Mill Company in Bombay. Die Offerte wurde gemacht am 28. Mai d. J. Das Garn kostet in Bombay $6\frac{1}{8}$ Annas per englisch Pfund. Die Rechnung stellt sich folgendermaßen“ — folgt nun die Berechnung, einschließlich 9,60 Pf. Fracht von Hamburg nach München-Gladbach, laut der die indischen Spinnereien gleiche Qualität um rund 10 Pf. per englisch Pfund billiger liefern könnten als die deutschen Spinnereien — dann fuhr Wülfing fort: „Die Bezüge werden doch schließlich stattfinden, und diese Bezüge zu so billigem Preise werden ver-

anlassen, daß die Spinnereien zu einem weit geringeren Preise als heute arbeiten müssen. Das ist eine Thatsache, der können Sie sich nicht verschließen. Sie sehen also hier denselben Zustand, den wir in der Landwirtschaft seit Jahren haben, die Silberentwertung überholt unsere Zölle.“ Diese Mitteilung machte auf die Kommission wie nach außen nicht geringen Eindruck. Da aber die Sitzung andern Tages geschlossen wurde, so konnte nur noch auf telegraphischem Wege in Mülich-Gladbach erhoben werden, daß von den genannten Offerten, wie die Anwesenden aus Wülfsings Worten entnahmen, thatsächlich nichts nach M.-Gladbach gekommen ist — wir können gleich anfügen, in absehbarer Zeit auch nichts kommen wird.

Was wollte aber Wülfing mit einer so haltlosen Prophezeiung? In M.-Gladbach waren seine Landsleute doch neugierig, wie Wülfing kalkuliert habe; er hatte nämlich dort im Februar zuvor in einem Vortrag eine ganz andere Berechnung aufgestellt, insbesondere dabei richtig Ausgaben für Kommission, Zinsverlust und Geldbeschaffung in Ansatz gebracht, die er dann am 5. Juni wegließ. Auch hatte P. Busch in der Rheinl. Zeitung vom 5. März v. J. angefragt, weshalb denn die indischen Spinnereien, da sie ja nach Wülfing einen Extragewinn von 20% bei jeder Lieferung voranschauen müßten, nicht schon eine solche Lieferung versucht hätten. Wülfing erwiderte mit dialektischer Gewandtheit sofort, daß dies nicht geschehe, weil der indische Spinner bei seiner asiatischen Kundschaft weit höhere Preise erziele. Nun hat aber auf der andern Seite derselbe Herr Wülfing im Februar dts. Js. eine Zusammenstellung veröffentlicht, laut der 1894 von 62 Bombayern Spinnereien 25 gar keine Dividenden verteilt haben und von 36 die Aktien weit unter pari stehen: sie können demnach, trotz der größeren Billigkeit des Rohmaterialbezugs und der Arbeitskraft unmöglich den hohen Verdienst erzielen, von dem Herr Wülfing zuvor erzählt hat. Als man dann weiter von Gladbach aus bei der von Wülfing bezeichneten Spinnerei eine Offerte einholte, ergab es sich, daß die eingelangte Garnprobe bedeutend minderwertig gegenüber deutschem und englischem Gespinnst und bei dem geringen Preisunterschied das englische Garn preiswürdiger war, von den billigeren Bezugspfesen ganz abgesehen. „Es ist also,“ sagt die Nation in Nr. 40, „gar keine Rede davon, daß uns die indischen Spinnereien auf dem europäischen Markte Konkurrenz machen können, und damit haben wir auch die einfache Erklärung, warum sie das bisher nicht versucht haben. Die ganzen Wülfingschen Berechnungen, mit welchen seitens der bimetallistischen Agitation so viel Aufhebens gemacht worden ist, beruhen auf falschen Voraussetzungen und sind durchaus wertlos.“

Daß aber demungeachtet Herr Wülfing zu den Unentwegten gehört, zeigt er in der letzten Nummer der bimetallistischen Monatschrift, in der er sich z. B. folgende Sätze leistet: „Wer heute noch nicht sieht, daß Gold zur Durchführung der Goldwährung nicht genug vorhanden, der will eben nicht sehen.“ „Es ist weit gekommen mit der Goldwährungspartei, wenn deren Führer schon die Hilfe der Sozialdemokratie in Anspruch nehmen müssen.“ Würde wohl auch heute die Rheinisch-Westfälische Zeitung diese ihre Autorität für unwiderleglich erklären?

Die Industrie und die Silberfrage.

Ende März 1895 hielt Dr. B. Stall in dem „Verein für deutsche Volkswirtschaft“ einen Vortrag zu Gunsten der Doppelwährung. Er empfahl darin, in Anbetracht der Ansichtslosigkeit von Versuchen zu internationalen Abmachungen, die Bestrebungen auf Erweiterung der Silberverwendung auf den internen Verkehr der einzelnen Staaten zu konzentrieren, und beantragte zu diesem Zwecke die Ersetzung der Goldmünzen und Papierscheine unter 20 Mk. bzw. 20 Fres. durch Konvantsilbermünzen. Dieser Vortrag wird nun zu dem Zwecke veröffentlicht, um die „Schwankenden und Ängstlichen, die befürchten, daß durch die Ummwälzung alles Bestehenden wiederum neue arge Störungen auf dem Geldmarkte hervorgerufen würden“, zum Bimetallistenbunde herüberzuziehen.

Einleitend wird ausgeführt, es handle sich ja nur um eine Enquete über die Mängel unserer bestehenden Währungszustände, — als ob wir nicht eben erst eine sehr eingehende in Berlin gehabt hätten. Später heißt es jedoch, das mindeste, was bei dieser Enquete herauskommen müsse, sei, daß das deutsche Reich das bißchen Silber von $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark weiter anspräge. Sonst schwelgen die Silberfreunde förmlich in der Ausmalung der großen Gefahren, die unserem Erwerbsleben von den 400 Mill. Mark in Thalerstücken drohen sollen: Dr. Stall möchte diesen Gefahren durch Ausbringung einer weiteren halben Milliarde Silbermünzen begegnen. Was dies der deutschen Industrie helfen und in welchem Wertverhältnis die Ausprägung erfolgen soll, darüber verliert Dr. Stall, wohl weil es ihm nebensächlich zu sein scheint, kein Wort. Ihm genügt, daß der verstorbene Reichsbankpräsident Dechend, nach der Sistierung der Thalerverkäufe, 1882 einen ähnlichen Vorschlag gemacht hat.

Diese Drapierung mit dem Dechendschen Mantel nimmt sich sonderbar aus. Schon vor einem Jahrzehnt hat ein von allen Parteien hochgeachteter Mann, Professor E. Nasse, in den Preuß. Jahrbüchern (1885, S. 340—344) dargelegt, wie wenig die ganze Maßregel nützen würde; sie würde nur das in den Banken ruhende Silber in Umlauf bringen, einen neuen Silberbedarf gar nicht schaffen, für Frankreich und Amerika keinerlei Zwang dazu bieten, daß sie ihrerseits die Silberprägung frei geben. Von diesen Einwänden nimmt die Flugschrift keine Notiz, gleich als ob seit 1882 gar nichts passiert sei. Hat sich denn seitdem nicht die Produktion von Gold und Silber, die Bank-Deckung (die sich in eine Notenüberdeckung verwandelt hat), die Stellung einzelner Staaten, insbesondere Indiens und Oesterreich-Ungarns total verschoben? Welche Verluste hätte doch das deutsche Reich heute zu buchen, wenn es nach Dechends Vorschlägen eine halbe Milliarde mehr Silber ausgemünzt hätte! Wurden denn nicht ähnliche Vorschläge auf der Brüsseler Münzkonferenz von 1892 eingehend behandelt? Das markanteste Ergebnis dieser Untersuchungen war, daß gerade die damaligen Hauptstützen des Bimetallismus, Pierjon und D. Haupt, wie später Lexis, die Undurchführbarkeit derartiger Vermittlungsvorschläge erkannten und daß auf der Berliner Silberenquete von 1894 die Dechendschen Vorschläge kaum berührt wurden. Würde nun angesichts dessen Dechend auch heute noch an seinen damaligen Vorschlägen festhalten? Die Antwort hierauf erteilt ein Korrespondent der „Neuen Freien Presse“ vom 29. Juni 1895 mit folgenden Worten: „Es ist durchaus nicht richtig, daß Dechend Bimetallist war. Zur Zeit als die Münzreform im

Gang war, machte er weder offene noch versteckte Opposition gegen die Goldwährung. Aber er hatte, wie die meisten preussischen Bureautraten, eine pietätvolle Anhänglichkeit an die alten Thaler, die er schwer überwand. Je länger es dauerte, desto mehr bekehrte sich Dethend zur Goldwährung und sprach sich offen dafür aus, daß sie bei uns sicher stünde und er sich einen Teil des Verdienstes daran vindiziere. Dethend war ein guter Praktiker, der, wenn es darauf ankam, das agrarische Gefasel über Bank- und Münzwesen mit einer gesunden Grobheit abfertigte.“ Mit Dethends Autorität wird demnach der Bimetallismus nicht wohl krebzen können. —

Der Verfasser führt zur Begründung seines Vorschlags weiter noch als angebliche Thatsachen an, daß die gesamte deutsche Landwirtschaft die unbefchränkte Verwendung von Silber verlange, und von der eigentlich schaffenden Industrie wenigstens ein beträchtlicher Teil mit der Goldwährung unzufrieden sei.

Beide Behauptungen sind aus der Luft gegriffen. Bezüglich der Landwirtschaft hätten den Verfasser die Verhandlungen der württemb. Abgeordnetenkanimer vom 12. vor. Mts. eines andern belehren können. Die süddeutschen Kleinbauern sind so wenig, wie für den Antrag Kaniz für die Projekte Brendts u. Gen. zu haben. Und was die Industrie anbelangt, so führt Verfasser selbst Mirbachs Ausspruch vom Jahre 1892 an, daß dieselbe gegenüber den bimetalistischen Bestrebungen, so sehr solche von der Landwirtschaft unterstützt würden, eine kühle Zurückhaltung beobachte. Was soll nun die Industrie seit 1892 umgestimmt haben? Etwa die Schließung der indischen Münzstätte? Oder die fortdauernde Silberüberproduktion? Oder die Währungsreform in Österreich-Ungarn? Oder gar die Goldfrisis in Amerika? Alle diese Vorgänge waren doch nur geeignet, die bisher schon kühle Zurückhaltung noch weiter abzukühlen. Daß dem so ist, beweisen satfam die bedenklichen und einmütigen Kundgebungen sämtlicher Handelskammern sowie des deutschen Handelstags, die unmittelbar nach der Reichstagsitzung vom 16. Februar in rascher Aufeinanderfolge erlassen worden sind, beweist weiter die Thatsache, daß der „Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung“ sofort die hervorragenden deutschen Industriellen, nicht weniger als 49 an der Zahl, für seinen Zentralausschuß gewonnen hat. Der beste Beweis übrigens liegt gerade in Stalls Broschüre selbst; hat er sie doch, wie er in seiner „Volkswirtschaftlichen Korrespondenz“ mitteilt, eigens zu dem Zweck geschrieben, um die Industrie für den Bimetallismus zu erwärmen; hätte ihre Stimmung seit 1892 umgeschlagen, so hätte er ja seine Worte sparen können. Die Haltung der Geschäftswelt beruht auf einer Jahrzehnte, man könnte fast sagen Jahrhunderte alten Erfahrung: solche eingewurzelten Erfahrungssätze wechseln doch nicht über Nacht!

Das deutsche Gewerbe steht im großen und ganzen auf dem Standpunkt, daß die Schwankungen im Preise des Silbers dem Export wohl manche Unbequemlichkeiten und Hemmnisse bereiten, daß solche jedoch durch die bimetalistischen Vorschläge nicht gehoben würden, daß die Hilfe teurer als das Uebel wäre, und die in der Goldwährung erlangte Wertstetigkeit die Nachteile der Kursdifferenzen weit überwiegen. Aus dieser schon seit Jahren und in Duzenden von Resolutionen kundgegebenen klaren Anschauung sucht die Flugschrift einen Widerspruch zu konstruieren. Sie zitiert aus den Handelskammerberichten die Äußerungen

einzelner Exporteure über die genannten Nachteile, und findet es dann (S. 19) unverständlich, wie trotz derselben die Handelskammern an der Goldwährung festhalten könnten. Dies erklärt sich jedoch einfach daraus, daß die Handelskammern berufsgemäß nicht die Vertreter einzelner Interessenten sind, und deshalb recht wohl für die Aufrechterhaltung einer gesellschaftlichen Einrichtung eintreten können, die zwar den einen oder anderen hemmen mag, aber für Handel und Gewerbe im großen und ganzen von überwiegendem Vorteil ist. Speziell gegenüber dem agrarischen Massenangebot müssen dies die Handelskammern pflichtgemäß um so mehr thun, als selbst die unter den Kursdifferenzen leidenden Fabrikanten lieber die Verluste auf sich nehmen, als daß sie durch einen Währungswechsel das gesamte Erwerbsleben geschädigt sehen möchten. Merkwürdig, gerade heute vor einem Jahre konstatierte der gleiche Verfasser (in seiner Broschüre „Internationales Gold“, S. 30), der größte Teil der Angehörigen von Handel und Industrie habe an der Abschaffung der Goldwährung kein Interesse; ganz gewiß sei nicht daran zu denken, die Bedenken dieser Kreise gegen Einführung der internationalen Doppelwährung zu verbannen. Und heute will er glauben machen, daß Handel und Industrie anders gestimmt seien, als ob sich ein Umschlag in solchen komplizierten und einschneidenden Fragen über Nacht vollziehe.

Mancher lernt die Haltung der Handels- und Fabrikantenwelt besser verstehen, wenn wir ihm eine Branche verraten, die infolge der Silberentwertung besonders schwere Nachteile erlitten hat; es sind dies die Edelmetallwarenfabrikanten in Hanau, Pforzheim, Gmünd, Bremen, Berlin u. s. w. Es giebt keine klassischeren Zeugen als diese Fabrikanten, welche täglich den Silberkurs und die Geschäftslage in den Silberländern studieren müssen: Hunderttausende haben sie im Laufe der letzten Jahre teils direkt an ihren Lagervorräten, teils indirekt durch die Hemmung des Exports nach den Silberländern verloren. Aber dem ungeachtet stehen sie fest zur Goldwährung (es traf sich zufällig, daß am Tage des Erscheinens der Stall'schen Flugschrift 98 Pforzheimer Firmen ihren Beitritt zu unserem Verein erklärten). Die meisten kennen die Silberländer aus eigener Erfahrung und wissen, was sie von den bimetallistischen Versprechungen zu erwarten haben. Von dem Währungs-Umsatz, sagen sie, und all seinen Leiden wäre der schließliche Effekt nur der, daß wir auch in Deutschland mit einem Agio zu rechnen hätten; müssen wir aber auch für hier wie für unsere Kunden über See mit einem unbekannten X rechnen, dann verliert der Exporteur vollends jeglichen Anhaltspunkt für seine Berechnung, dann hört jede kaufmännische Kalkulation auf und tritt Spekulation und Hazard an ihre Stelle. —

Zum Schluß meint Dr. Stall, angesichts klarer Thatsachen sei es eine unberechtigte Annahme, wenn die Anhänger der Goldwährung bemerken, daß zu ihnen „die berufenen (Stall zitiert falsch: „berufensten“) Reimer des Erwerbslebens“ gehören (deutlicher drückt sich Sydow-Dobberpuhl aus, indem er unterm 29. Juni den deutschen Handelstag und die Versammlung des Ehrbaren Kaufmanns zu Hamburg frischweg für eine urteilslose Gesellschaft erklärt.) Wie es sich mit diesen klaren Thatsachen Dr. Stall's verhält, haben wir an einigen Beispielen gezeigt. Nun konstatiert der Geschäftsführer des Bimetallistenbundes, E. Aschen-dorff selbst (in der Einleitung zu seiner vorjährigen Broschüre), daß nur die Gelehrten und die Bankiers die Währungsfrage verstehen. Mit ihm

werden wohl auch wir bis auf weiteres annehmen dürfen, daß die Angehörigen von Handel und Industrie, und nicht die der Bauernvereine, die berufenen Kenner der Währungsfrage und ihrer Hauptpunkte, wie des Geldmarktes, des Wechselkurses, der Kursdifferenzen, der Valutaschwankungen, der Zahlungsbilanz, des Bankdiskonts u. s. w. sind, und daß die Reichsregierung besser beraten ist, wenn sie diesen berufenen Kennern folgt.

Silberpreis und Silberwarenfabrikation.

Die Handelskammer Hanau entnimmt laut ihrem soeben erschienenen Jahresbericht den ihr aus der Silberwareindustrie zugegangenen Berichten folgendes: Auf die Verkaufspreise übte naturgemäß der gleich zu Anfang des Jahres eingetretene weitere Preisrückgang des Hauptrohmaterials, des Silbers, einen ungünstigen Einfluß aus. Durch einen kurz vor Schluß des Jahres erfolgten nochmaligen Preisrückgang des Silbers erfuhren die Lagerbestände gegen das Vorjahr eine weitere Entwertung. Eine Besserung versprechen sich die einzelnen Beteiligten, wie im Vorjahre schon erwähnt, von den Bestrebungen auf künstliches Hinausschrauben des Silberkurses nicht, weil sie solche als nicht durchführbar ansehen. Ihnen ist nicht sowohl daran gelegen, daß der Silberpreis möglichst hoch, als vielmehr daran, daß der Preisstand, gleichgiltig in welcher Höhe, ein möglichst fester und beharrlicher sei. Die Branche erachtet lediglich die Stabilität des Kurses als ein vornehmliches Mittel, die Kaufkraft mehr anzuregen und eine Besserung im Silberwarengeschäft herbeizuführen.

Währung und Silberproduktion.

Unter den Gründen, weshalb die Regierungen die künstliche Wiederherstellung des früheren Wertes des weißen Metalles anstreben müssen, wird die Rücksicht auf den einheimischen Bergbau mit in erster Linie angeführt. Welche Staaten sind nun in dieser Weise an einer Silberhauffe direkt interessiert? Welche haben demgemäß schon aus diesem Grunde auf einer Währungskonferenz die meisten Konzessionen anzubieten? Man nennt hiefür gewöhnlich in erster Linie die Vereinigten Staaten. Aber nicht einmal dort will man diesen Grund noch voll gelten lassen, da seit dem Preissturz des Silbers das Interesse an dessen Hebung mehr ein Sonderinteresse der Silberstaaten Utah, Montana und Colorado geworden und das Gesamtinteresse der Union in höherem Maße an der Goldproduktion engagiert ist. Der Wert der letzteren nämlich beträgt 157 Mill. Mk., der des geförderten Silbers dagegen 30 Mill. Mk. weniger, nämlich nur 127 Mill. Mk. Noch mehr ist eine genaue Prüfung für Deutschland angezeigt, wo ja ebenfalls dieses direkte Interesse an der Eigenproduktion ins Feld geführt wird. Auf Grund einer statistischen Aufstellung, wonach unsere Silberproduktion durchschnittlich ca. $\frac{1}{2}$ Mill. Kilo p. a. beträgt, wurde schon behauptet, daß das deutsche Reich, da es selbst den zehnten Teil der Weltproduktion fördere, direkt an einem Währungswechsel höchst interessiert sei. Erst wieder in den Verhandlungen des preuß. Abgeordnetenhauses vom 20.—21. Mai 1895 spielte der Entgang für das Nationaleinkommen wie die spezielle Schädigung der Bergarbeiter eine Rolle. Indes wird, wie in den Ver-

einigten Staaten, so auch in Deutschland das direkt engagierte Interesse von den Beteiligten zu hoch geschätzt. Allerdings giebt eine Berechnung der Silbergewinnung in den 9 Jahren 1885—1893 für die ganze Welt etwa 31 Mill. Kilogramm und für Deutschland nach der gewöhnlichen Statistik 3 104 212 Kilogramm. Dem oberflächlichen Beobachter könnte es daher scheinen, daß obige Behauptung richtig und Deutschland durch den Preisfall des Silbers (wenn man dessen früheren Wert zu Grunde legt) einen jährlichen Verlust von 50 Mill. Mk., oder einen solchen von 31 Mill. Mk. erleidet, wenn der heutige Preis von etwa 90 Mk. per 100 Kilogramm zu Grunde gelegt wird.

Dies ist jedoch unrichtig: Nach den genauen Angaben, welche voriges Jahr in der Berliner Silberkommission gemacht wurden, stammte von dem in den genannten 9 Jahren in Deutschland produzierten Silber nur etwa die Hälfte (genau 1 472 000 Kilogramm) aus deutschen Erzen. Die andere Hälfte stammte aus den aus dem Ausland eingeführten Erzen, die selbstverständlich stets genau nach dem Londoner Silberkurs bezahlt werden; auf diese kommt daher kein Verlust, sondern durch die Verarbeitung ein Gewinn für die Hüttenwerke. Die wirkliche deutsche Silberproduktion, um welche es sich bei dieser Frage handelt, betrug also im genannten Zeitraum nicht 10%, sondern 4,7% der Weltproduktion. Im Jahr 1893 aber waren es nur 3,2% und es entging dem deutschen Bergbau durch den Preisfall des Silbers von 180 auf 90 Mk. per Kilogramm höchstens ein Gewinn von jährlich 15 Mill. Mk.

Diese Summe verteilt sich auf nur 14 Unternehmungen, und zwar kommen etwa 3½ Mill. auf die drei staatlichen Unternehmungen in Sachsen und am Harz und etwa 6¾ Mill. auf die Mansfelder Gewerkschaft. Scheidet man die staatlichen Produzenten aus, da ihre Fördermenge, wie z. B. in Spanien geschieht, für die Ausprägung von Scheidemünze verwendet werden könnte, so bleibt nur die Mansfeldsche Gewerkschaft als Hauptbeteiligte übrig. Daß die Anteilbesitzer derselben eine künstliche Erhöhung des Silberpreises von dem deutschen Reich erwarten und verlangen, ist begreiflich. Aber unbegreiflich ist es, wie diese immerhin bedauernswerten Verluste einer einzelnen Gesellschaft — die größtenteils nur in der Verminderung einer früheren Vorzugsrente bestehen — als ein Hauptgrund dafür angeführt werden, daß Deutschland die Gefahr eines Währungswechsels auf sich nehmen solle, dessen Folgen unverhältnismäßig größer wären, als die Ertragsminderung seines Bergbaus.

Die Rücksicht auf die Beteiligten könnte folgerichtig noch weiter führen. Die Mansfelder Gewerkschaft nämlich hat durch den Sturz des Kupfers noch viel mehr Verluste erlitten, als durch den des Silbers. Kupfer ist von 183 Mk. im Jahre 1873 auf 85,83 Mk. im Jahre 1894 zurückgegangen. Die Gewerkschaft berechnet ihren bisher erlittenen Gesamtverlust beim Verkauf von Kupfer auf 151 Mill. Mk., den 1894er Verlust allein, da 15 Mill. Kilogramm geschürft wurden, auf etwa 14 Mill. Mk., mithin auf das zweieinhalbfache des Silberverlustes. Im Hinblick hierauf könnte man für die Mansfelder Gewerkschaft — mit einem gewissen Scheine der Konsequenz — weiter noch verlangen, daß das deutsche Reich auch zur Hebung des Kupferpreises gesetzgeberische Maßnahmen ergreife. —

Angefügt mag werden, daß trotz des Preisfalls des Metalles die Gesamt-Revenuen einen entsprechenden Rückgang nicht aufzuweisen haben,

da der Ausfall im Erlöse durch die Zunahme des produzierten Quantums nahezu kompensiert wurde. Die Förderung von Reinsilber im Deutschen Reiche in den letzten 10 Jahren stellte sich nämlich, wie folgt: im Jahre 1884 auf: 248 Tausend Ko. im Werte von 37 Mill. Mk.;

1885: 309 T. = 44 Mill. Mk.; 1886: 319 T. = 42 Mill. Mk.;
1887: 367 T. = 48 Mill. Mk.; 1888: 406 T. = 51 Mill. Mk.;
1889: 403 T. = 50 Mill. Mk.; 1890: 402 T. = 56 Mill. Mk.;
1891: 444 T. = 58 Mill. Mk.; 1892: 489 T. = 57 Mill. Mk.;
1893 auf: 449 Tausend Ko. im Werte von 47 Mill. Mk.

Zugleich ist daraus ersichtlich, daß die deutsche Silberproduktion im Jahre 1893 zwar ein geringeres Erträgnis als im Vorjahre ergeben hat, jedoch die vom Jahre 1884 immer noch fast um das doppelte überragt.

Einiges zum Silberkurs.

Der Silberkurs trat 1893 in eine neue Epoche ein. Vorher hatte der Preis (in Pence für die Unze) durchschnittlich betragen: 1889: $42\frac{1}{16}$; 1890: $47\frac{1}{16}$; 1891: $45\frac{1}{16}$; 1892: $40\frac{3}{4}$ ($39\frac{13}{16}$). Dagegen betrug er 1893: $33\frac{1}{8}$; ($35\frac{5}{8}$) speziell Ende Dezember 1893: $31\frac{3}{4}$; im Mai 1894: $28\frac{1}{16}$, Anfang Juli $28\frac{3}{4}$. Zu Anfang August 1894 nahm der Kurs eine steigende Tendenz und hob sich auf $30\frac{1}{2}$ am 27. August. Von da ab bewegte er sich — im Gegensatz zu den seit dem Ausbruch des chinesisch-japanischen Krieges gehegten Erwartungen — langsam herunter, bis er am 23. Oktober mit $28\frac{7}{8}$ einen gewissen Tiefpunkt erreichte. Dieses Niveau wurde nach einigem Steigen wieder am 15. November erreicht und in allmählichem Sinken Ende Dezember mit $27\frac{1}{4}$ überholt. Im Jahre 1895 gab sich wieder eine mäßige Aufwärtsbewegung kund; am 19. Februar 1895 erreichte der Preis $27\frac{1}{2}$, zu Anfang April wieder $30\frac{1}{2}$, am 16. Mai $30\frac{1}{16}$, am 31. Mai $30\frac{12}{16}$. Von Ende Mai an schwankte er zwischen $30\frac{5}{8}$ (ult. Mai) und $30\frac{1}{4}$, dem Stande vom 22. Juni und 1. August 1895. Heute steht er auf ungefähr dem gleichen Punkte, den er im August v. J. innehatte. Wie man sieht, sind große und häufige Schwankungen im Preise des Silbers, wie sie sonst zur Begründung des Anstiegs auf unsere Währung angeführt worden sind, seit Ende 1893 nicht mehr vorgekommen.

Im übrigen ist für die Bewegung des Silberpreises neben den Produktionsverhältnissen namentlich die Spekulation maßgebend. In Anbetracht dessen wird geltend gemacht, daß der heutige Preis nur durch die Silberkäufe gehalten werden, welche für die Einzahlung der neuen chinesischen Anleihe nach China oder Japan in Aussicht stehen, und daß im Hinblick hierauf ansehnliche spekulative Käufe seitens New-Yorker Häuser erfolgt sind. Zudem weiß niemand, welche Vorräte die Minen selbst noch haben. Manche bezweifeln deshalb, ob das Silber mit dem heutigen Preisstand schon das naturgemäße eine größere Beständigkeit verheißende Preisniveau erreicht hat.

Bei der am 1. Juni eingeführten Valutareform legte Chile der Ausprägung von Silberscheidemünzen ein Wertverhältnis von $30\frac{3}{4}$ d zu Grunde. Da dieses Verhältnis nur wenig über den in den letzten Monaten notierten Marktpreis sich erhob, so lag die Befürchtung nahe, es möchte sich gelegentlich einer Silberhaufe der Export dieser Scheide-

münze als lohnend erweisen. Es scheint fast, als ob die chilenische Regierung in Wirklichkeit gar nicht das Verhältnis 1:30, sondern das von 1:23 habe annehmen wollen. Als sie aber den Gehalt des Goldpesos von 24 auf 18 Pence herabsetzte, vergaß sie wohl, auch den des Silberpesos entsprechend zu reduzieren. Im übrigen wurde die Ausprägung dieser Scheidemünzen sofort, schon zu Anfang Juni wieder eingestellt.

Zugleich bringt der Zulibericht der Budgetkommission der italienischen Kammer über die Veräußerung der bourbonischen Silberbestände, die sich seit langen Jahren im italienischen Staatschatz befunden hatten, unser überschüssiges Silber wieder in Erinnerung.

Einer der wenigen wissenschaftlichen Vertreter des Bimetallismus, Professor Wagner, wiederholt in seiner neuesten Monographie über die Silberkrisis den Vorschlag, den er schon bei Beginn der bimetalлистischen Bewegung zu Anfang der achtziger Jahre gemacht. Schon damals nahm er eine Stellung à cheval ein, und empfahl ein rasches Handeln, entweder zum Bimetallismus überzugehen, oder, falls man das nicht wollte oder könnte, die Goldwährung zu vollenden, das überschüssige Thalersilber zu verkaufen. In seiner Schrift „Für bimetalлистische Münzpolitik Deutschlands“ erklärte er im Jahre 1881 die Verluste bei den Silberverkäufen für nebensächlich und drängte, falls der Bimetallismus nicht sofort durchzusetzen sei, auf Wiederaufnahme der Verkäufe. Die leitenden Bimetallisten waren damals anderer Meinung, und der Nachweis Bambergers (in dessen Schrift „Die Verschleppung der deutschen Münzreform. Ein Appell an die Reichsregierung. Köln 1882“), in welcher dargethan wurde, daß alle für Einstellung der Silberverkäufe geltend gemachten Erwägungen hinfällig seien und daß für Deutschland keine andere Münzpolitik sich vertreten lasse, als die Abstoßung des überschüssigen Silbers — er wurde von bimetalлистischer Seite, trotz Wagners parallelem Vorschlage, leidenschaftlich bekämpft; eine der bimetalлистischen Thesen des Kölner Kongresses von 1882 lautete: „Wir streben in erster Linie dahin, eine Wiederaufnahme der deutschen Silberverkäufe durch die definitive Beibehaltung der Silberthaler unmöglich zu machen.“ Auch Wagner nahm seinen Vorschlag nicht wieder auf, bis heute, nachdem der Silberpreis gegen 1881 von 52 auf 31 d. gesunken ist. Und wenn er ihn heute wieder aufnimmt, also abermals das Entweder — Oder hinstellt und ein drittes, die Fortdauer der jetzigen Münzverfassung, für bedrohlich erklärt, so thut er das nur, weil er annimmt, beim jetzigen Silberpreis werde man keine Verkäufe realisieren wollen und damit die Entscheidung für den Bimetallismus gegeben erachten. Das ist die alte Taktik unserer Silberleute: solange eine Maßnahme zur Sicherung unserer Währung leicht durchführbar ist, widersetzen sie sich ihr; sobald sie dieselbe für unmöglich halten, drängen sie darauf. Zwölf Jahre hindurch hat Wagner kein Wort über die Gefahr unseres Silbers verloren, kein Bimetallist hat sich Bambergers Verlangen vom Jahr 1882, die Silberverkäufe fortzusetzen, um größere Verluste zu verhindern, angeschlossen: heute meint Wagner, dem deutschen Volke seine Währung verkleiden zu können, weil noch 400 Millionen Mark in Thalersilber gesetzliche Zahlkraft haben.

Auf die Weherufe wegen des unterwertigen Thalersilbers nur wenige Worte! Unausgesetzt haben seit fünfzehn Jahren die Verteidiger der Goldwährung auf Verkauf eines Teiles unseres Silbers gedrängt; es ist kaum ein Jahr vergangen, ohne daß diese Mahnung an die Reichsregie-

rung ergangen wäre, auch heute noch stehen sie auf dem gleichen Standpunkte. Jeder Zentner Silber, für den ein Bedürfnis im Verkehr nicht vorhanden ist, bedeutet einen zwecklosen toten Ballast in den Kellern der Reichsbank. Wenn die Reichsbank die Silberthaler, die von ihr trotz aller angestellten Versuche nicht in den Verkehr zu bringen sind, verkauft, so ist das auch heute noch besser, als sie nutzlos in der Bank aufzuspeichern. Daß die Verluste bei diesem Verkauf heute ungefähr doppelt so groß sind, als sie im Jahre 1882 gewesen wären, da Dr. Vamberger den Verkauf empfahl und unwiderleglich dessen Zweckmäßigkeit begründete, das müssen sich ja die Vimetallisten als ein Verdienst an. Irgend eine Gefahr bedeutet das Silber zwar nicht und selbst Wagner bekennet, „ein Ueberfluß dieses Geldes (des Silberscheidegeldes) hat sich im Allgemeinen nicht bemerkbar gemacht, auch neben den 4—500 Mill. Mark in Thalern.“ Aber so gut die italienische Regierung bei dem heutigen niedrigen Kurse den Rest der bourbonischen Silberthaler verkaufen konnte, ebenso gut kann dieses Beispiel die deutsche Reichsregierung nachahmen. Dann sind doch die Vimetallisten von der großen Sorge befreit, die sie in ihrem bei jeder Gelegenheit gerühmten Patriotismus wegen des unterwertigen Silbers hegen. Die Regierung verkaufe so viel Thalersilber, als nach den Erfahrungen der Reichsbank über die Bedürfnisse des Verkehrs vorhanden ist, den Rest aber erkläre sie zu Scheidemünze: sobald das geschehen, dann wäre auch nach Wagner unsere Währung die beste der Welt.

Sollten die Vimetallisten meinen, es müsse unser Silberscheidegeld schwerer ausgeprägt werden, so würde überhaupt wenig Silber mehr zu verkaufen sein, um unsere Währung aus dem den Vimetallisten so anstößigen Zustande des Sinkens zur absoluten und tadellosen Vollkommenheit überzuführen. Die Verluste, welche nominell für die Vollendung unserer Währungsreform noch gebracht werden müssen, können nicht in Betracht kommen. Hierin stimmte schon 1881 Wagner den Freunden der Goldwährung bei.

Amerikanische Goldmünzen.

Die Vereinigten Staaten werden im neuen Jahre eine ziemlich umfangreiche Prägung von Goldmünzen vornehmen. Im Januar dieses Jahres hat die Regierung, um der Nachfrage nach Goldmünzen zu genügen, den Goldzertifikatsfond zu Hilfe nehmen müssen und dabei die Erfahrung gemacht, daß es sich empfiehlt, solange sich die Reserve unter dem gesetzlichen Betrag von 100 Millionen \$ bewegt, das Gold in Münzform vorrätig zu halten. Das schreibt auch das Gesetz vor, die jetzige Praxis ist eigentlich ein Vertrauensbruch. Augenblicklich sind über den ausgegebenen Goldzertifikatsbetrag hinaus vorrätig: Gold in Barren 55 Mill. \$, Gold in Münzen 49 Mill. \$.

Die Barren glaubt Preston, der Direktor der Münze, bis zum 1. Januar 1896 ausprägen zu können und zwar zur einen Hälfte in 10 und 5 \$-Stücken, zur anderen Hälfte in 20 \$-Stücken. Die 20 \$-Stücke werden gerne für den Export und die Bankreserve genommen. Nach den kleineren

Stücken ist die Nachfrage besonders stark an der Pacifictüste; diese Nachfrage soll in erster Linie befriedigt und dafür die Ausgabe von Goldchecks gegen Silberdepositen sistiert werden.

(Vergl. New-Yorker Handelszeitung v. 5. Juli 1895.)

Zur Aufklärung über die Währungsfrage.

Dem ersten Heft der Währungs-Bibliothek konnte der Verein zum Schutz der deutschen Goldwährung rasch das zweite nachfolgen lassen, das den Bankdirektor Thorwart (Frankfurt) zum Verfasser hat. Nachdem das erste Heft die allgemeinen, mehr theoretischen Hauptpunkte der Währungsfrage dargelegt hat, schildert in dem vorliegenden ein im praktischen Geschäftsleben stehender den derzeitigen Stand. Alle Staaten, in neuester Zeit sogar Chile, zeigen das Bestreben, sich einen Goldhort oder dasjenige Weltgeld anzuschaffen, das die größte Zirkulationsfläche und deshalb die größte Wertfestigkeit hat; 1880 bezog Italien $\frac{1}{2}$ Milliarde Mark an Gold, in den letzten Jahren hat Österreich einen Goldstock von 700, Rußland (abgesehen von den Goldvorräten der Reichsbank mit $1\frac{1}{2}$ Milliarde Mark) einen solchen von 800 Millionen Mark angesammelt; die Bank von Frankreich verfügt über eine so große Goldmenge, daß sie 1893 sich weigerte, Noten gegen Gold herzugeben; die Vereinigten Staaten sind gezwungen, sich durch das Goldsyndikat des nötigen Goldes zu versichern. In all dem giebt sich deutlich kund, einerseits was heute der Weltverkehr von einer Währung verlangt, andererseits was er gegenüber entgegenstehenden staatlichen Maßregeln vermag. Trotzdem soll Deutschland seine Goldwährung, um die es von allen Nachbarstaaten beneidet wird, und die ihm im Welthandel die gesicherte Basis verschafft hat, aufgeben, und warum? Wegen einiger nebelhafter Versprechungen, wie der künftigen Hebung der Getreidepreise, Erleichterung der Schulden oder Förderung des Exports. Es sind das Versprechungen, gegen deren Einklebung alle Wahrscheinlichkeit spricht und deren doktrinaire Begründung mit der angeblichen Goldknappheit, als der Ursache der Silberentwertung und des allgemeinen Preisrückgangs, direkt mit der heutigen Gold-Überproduktion in Widerspruch steht; daß auch in den Banken sich seit mehreren Jahren das Gegenteil eines Goldmangels kundgiebt, ist jedermann bekannt. Auf der einen Seite stehen die Ideologen, die sich für derartige Utopieen zu erwärmen vermögen, auf der andern Seite diejenigen Staaten, die an einem Währungswechsel ein direktes, greifbares Interesse haben. Da ist z. B. England, das sich von einer Änderung eine Besserung der Ausfuhrverhältnisse nach Indien und der dortigen Finanzen versprechen kann, ferner Amerika, wo sich der Wert und die Rentabilität der Silberminen wieder heben würde, Frankreich und die Union, die endlich die lang-ersehnte Gelegenheit erhielten, sich ihres auf 3 Mill. Mark geschätzten Silberballastes zu entledigen. Was aber hat Deutschland von dem internationalen Bimetallismus zu erwarten? Was speziell von einer Währungskonferenz? Soll etwa das deutsche Reich den Nachbarstaaten den Weg zeigen und ebnen, auf dem sie uns das Gold entziehen und das Silber zuschieben könnten? Und dies gerade jetzt, wo die amerikanische Krise so deutlich zeigt, welche schlimme

Folgen ein Währungswechsel mit sich bringt, und was entgegen der Anschauung eines gewissen Bundesstaates „dabei herauskommen“ kann: ein reales Interesse an der Konferenz hat in Deutschland nur eine kleine Partei, deren verhängnisvoller Einfluß einmal in den Annalen des deutschen Reiches als eine Merkwürdigkeit verzeichnet werden wird. All dies wird in der Abhandlung kurz und treffend beleuchtet, und zum Schlusse noch untersucht, ob von den bimetallistischen Vorschlägen auch nur einer ausführbar ist und auf der geplanten Währungskonferenz Aussichten auf Annahme hat. — Wir hoffen, daß auch diese Broschüre sich viele Freunde, namentlich in den Geschäftskreisen, erwerben wird.

Bimetallistische Kampfesart.

Ende April eröffnete Dr. Arendt eine Polemik gegen Helfferichs Schrift über den Währungsumsturz, die den Anlaß zu weiteren Auseinandersetzungen bildet. Dieselbe giebt nun Helfferich unter obigem Titel (Kommissionsverlag von A. Otto, Neustadt) heraus. Wer Arendts rabulistische Fectweise und einen ihr gewachsenen Gegner, zugleich auch die alten Streitpunkte in neuer Beleuchtung kennen lernen will, wird diese Veröffentlichung mit Genuß durchnehmen und mit Genugthuung daraus entnehmen, daß Herrn Arendt diesmal seine Kampfesart nicht gut bekommen ist. — Einen der Streitpunkte bildet die indische Getreideeinfuhr, bezüglich deren Arendt u. a. behauptet: Man nehme nur die Valuta-Differenz fort und der indische Weizen geniert den Landwirt nicht mehr; er fürchtet nur die Unterbietung infolge dieser Valuta-Differenzen, nicht den Import aus den konkurrierenden Überseestaaten. Dieser Einwand gegen Helfferich verdient, daß wir ihn weiteren Kreisen mitteilen: ist er zutreffend, dann zeigt er, daß für 99% der überseeischen Einfuhr — denn der indische Weizen-Import erreichte z. B. 1894 noch nicht den hundertsten Teil dessen, was aus Gold- und Papierwährungsländern eingeführt worden ist — die agrarische Agitation gegenstandslos ist.

Bimetallistische Angriffe.

Soeben veröffentlicht Dr. Arendt eine Streitschrift, die nach der Ankündigung in der „Korrespondenz des deutschen Bimetallistenbundes“ das Währungsproblem klar legen, und jedem die ganze Schwäche der Goldwährungspartei enthüllen soll. Uns scheint diese Streitschrift, die sich gegen die Herrenhausrede des Reichsbankpräsidenten Dr. Koch vom 16. Mai 1895 wendet, eher sich dazu zu eignen, die Schwäche der bimetalistischen Kampfesart offenzulegen.

Die Bimetallisten gehen von der Voraussetzung aus, daß ihr Aktionsprogramm, wie sie es am 1. Juli 1895 wieder verkündet haben, mit der Wiederherstellung der Gesetzgebung, wie sie vor 1874 bestand, gleichbedeutend sei, daß ferner die Aufhebung dieser Gesetzgebung die Silberentwertung herbeigeführt habe. Diese Voraussetzung ist falsch und unbegründet. Das Programm bedeutet die Wiederherstellung eines früheren Zustandes weder in gesetzlicher noch in tatsächlicher Beziehung. Schon sein Wortlaut handelt nicht von der einfachen Erlassung eines Landesgesetzes, und nicht, wie die Münzgesetze vor 1874, von der einfachen Bestätigung des bestehenden Metallpreiſstandes, vielmehr von der Einführung einer umstürzenden Neuerung, nämlich von der künstlichen Erhöhung des Silberwertes. Für dieses Ziel soll die staatliche Autorität nicht mehr in der Form eines bloßen Gesetzes eintreten, sondern in Gestalt eines Staatenbundes; denn ein Staat für sich könnte, wie 1874 die Erfahrungen in Frankreich, 1893 die in der Union gezeigt haben, diesem Verlangen nicht nachkommen, ohne bald seines Goldes ledig zu sein.

Es gehört ferner zur bimetalistischen Kampfesart, einem abstrakten Begriff eine solche Bedeutung unterzulegen, daß er ein Postulat mitenthält. Ein typisches Beispiel hierfür bietet das Wort „Gesetzgebung“. Die Silberentwertung ist nach Arendt lediglich durch die Gesetzgebung verschuldet, und verschwindet wieder sofort mit einer Aenderung der Gesetzgebung. Nun giebt es sehr verschiedene Arten und Möglichkeiten der staatlichen Intervention, Arendt redet aber von der Gesetzgebung, als ob dies ein feststehender einheitlicher Begriff sei; er will von diesen verschiedenen Arten lediglich eine derselben, alle andere genügen ihm nicht, er bringt dies aber nicht zum Ausdruck, weil er dabei lediglich mit dem Begriff der Gesetzgebung von 1874 das bimetalistische Postulat, das er sonst namentlich in Bezug auf die Münzunion und auf die Wertrelation näher begründen müßte, stützen möchte.

Was alles Arendt unter dem Begriff „Gesetzgebung“ verstanden haben will, erfordert einiges Studium. Die nächstliegende Bedeutung des formalen Ausdrucks des Willens der staatlichen Autorität der Erhebung des Silbers zum Währungsmetall und der Beilegung des Zwangskurses genügt ihm nicht. Diese Eigenschaft hat ja Silber heute noch in verschiedenen Ländern, z. B. der lateinischen Münzunion, demungeachtet fällt Rohsilber weiter; die spanische Bank hat unter ihrem Metallbestand immer noch Kupfergeld (Bronce) und führt davon pro 1. Juli 1895 den Betrag von 7 Mill. Pesetas auf; das Fallen des Kupferpreises aber wird dadurch nicht gehemmt. Arendt spricht den sonst nur der Laienwelt geläufigen Satz aus: „Das Gesetz stellt den Wert des

Geldes und der Edelmetalle fest", möchte aber diesen Begriff anders, als vom Volk aufgefaßt und aus den Bestimmungen der früheren vor 1874 bestandenen Gesetzgebung erläutert sehen. Nun ist aber diese frühere Gesetzgebung selbst ganz verschiedenartig. Die eine, (wie die deutsche) verfügt die Aufhebung der Eigenschaft des Silbers als Zahlungsmittel, die andere dekretiert die Beibehaltung dieser Eigenschaft, aber Beschränkungen in der Ausbringung der Silbermünzen, so in Frankreich, Oesterreich, Nordamerika, Indien; diese Beschränkung selbst wird hinwiederum auf dreierlei Art durchgeführt, sei es in Gestalt der staatlichen Ausbringung nur noch einer beschränkten Anzahl von Silbermünzen oder der Einstellung des Umtausches von Rohsilber gegen Landesgeld oder dieses Umtausches gegen Silberropien. Welche von diesen verschiedenartigen Beschränkungen hat nach Arendt die Silberentwertung herbeigeführt? Nach dem bimetalistischen Begriff könnte nur eine dieser verschiedenartigen Arten (nämlich die Einstellung der Freiprägung des Silbers) den Preisdruck verursacht haben, und nur eine derselben wieder abzuändern sein. Zur Beseitigung dieses Drucks könnte z. B. die bloße gesetzliche Einrichtung, daß der Staat Silber ausprägt, nicht ausreichen; heute noch geschieht dies ja z. B. in Japan und Mexiko, aber für den Marktpreis des Silbers ist diese Intervention der bloßen Silberwährungsländer ohne durchgreifende Bedeutung. Arendt versteht denn auch unter dem einfachen Begriff „Gesetzgebung“ eine sehr komplizierte Verwaltungsmaßregel, gemäß deren der Silberwert an den Goldwert gebunden, und Barrensilber von den staatlichen Münzstätten in unbeschränkter Menge gegen Landesgeld eventuell gegen Gold und zwar nach einem vorausbestimmten Wertverhältnis für Private umgetauscht wird. Den Kern dieses Begriffs bilden nicht mehr der formale Ausdruck des Willens der staatlichen Autorität, sondern der reale Umtausch, eine Art Bankthätigkeit, und der Grad der Ausstattung der Geldzirkulation mit Silbermünzen, also verschiedene Merkmale, die durchaus nicht in dem Begriff „Gesetzgebung“ liegen.

Ein derart organisiertes Finanzgeschäft betrieb bekanntlich Deutschland nie und konnte mit der Demonetisierung von 1873 nicht eingestellt werden: es wird damit etwas neues verlangt, wofür die frühere Gesetzgebung eine Begründung noch nicht enthält.

Weiter läßt sich aus dem bimetalistischen Programm schließen: auch in den Augen der Bimetallisten gelten die deutschen Silberverkäufe, (welche man früher auch mit dem Worte „Demonetisation“ bezeichnete), nicht mehr als die einzige Ursache der Silberentwertung. Vor allem aber dürfte aus obigem hervorgehen: der Begriff „Gesetzgebung“ — von dem der „Demonetisation“ werden wir unten das gleiche sehen — ist in der bimetalistischen Darstellung des geschichtlichen Hergangs der Silberentwertung ein anderer als in dem bimetalistischen Programm; in ganz unzulässiger und willkürlicher Weise wird mit diesem Begriff in der geschichtlichen Darstellung eine langjährige, aus dem Zusammenwirken ganz verschiedenartiger Staatsaktionen bestehende Entwicklung, in dem Programm aber eine äußerst komplizierte Organisation bezeichnet. Die verschiedenen Merkmale dieser geschichtlichen Entwicklung und der beantragten Organisation berühren sich nur in einigen Punkten, decken sich aber in keiner Weise, der eine Begriff beweist also für den andern nichts.

Bei der wesentlichen Verschiedenartigkeit des Programms von 1895 und der Wirkung der Münzgesetze von 1874 könnte man bezüglich letzterer den Bimetallisten alles zugeben, für das erstere wäre damit noch gar

nichts bewiesen. Nun gehört aber gerade dieser gesetzgeberische Einfluß zu den bestrittensten Punkten; wir sehen 1874 das allmähliche Steigen der Silberproduktion zusammentreffen mit einem Nachlassen der Nachfrage, Frankreich stellt angesichts dessen die Freiprägung ein, damit war Silber von seinem künstlichen Band vom Gold losgelöst und all den Einflüssen unterworfen, die bei einer sonstigen Ware den Marktpreis bestimmen.

Welcher dieser Faktoren hat nun nach 1874 die fallende Tendenz und dann das allmähliche Abbröckeln des Silberpreises in erster, zweiter, dritter Linie bewirkt? Arendt behauptet: „lediglich die Gesetzgebung“. Beweisen kann er es nicht, obgleich er schon vor einem Jahrzehnt den ziffermäßigen Nachweis erbracht haben wollte und seit der englischen Enquete von 1887/88 deren Ergebnisse als unwiderlegliche Beweise hinstellt. Es ist der Grundfehler der Bimetallisten, unbekümmert um das nationalökonomische Gesetz der Wechselwirkung alles mit einem einzigen zureichenden Grunde erklären zu wollen, und diesem Grundfehler huldigt auch Dr. Arendt von jeher.

Selbst wenn wir einen derartigen Einfluß der Gesetzgebung, ja wenn wir dazu noch weiter zugeben würden, daß ein internationaler Staaten-Bund, falls je einmal ein solcher zu stande käme, das von ihm aufgestellte künstliche Wertverhältnis von Gold und Silber aufrecht erhalten könnte, so würde all dies nur für ein abstraktes Ideal sprechen: wie aber und wann dies ausgeführt werden könnte, wäre damit noch nicht gesagt und wird auch von Arendt nicht dargelegt; seine Beweisführung ist also nicht schlüssig.

Vorerst beharren wir auf unserer Anschauung, daß es 1874 nicht die Gesetzgebung allein es war, welche die Silberentwertung herbeiführte, vielmehr die steigende Silber-Ausbeute und das vorübergehende Sinken der indischen Nachfrage dabei mitgewirkt haben. Da diese Faktoren auch heute noch unabhängig von dem staatlichen Eingreifen mitwirken, so haben wir weiter — und dagegen liefert die Münzgeschichte vor und nach 1874 keinen bindenden Beweis — überhaupt an die nachhaltige Wirksamkeit dieses Eingreifens, möge es selbst von einem Staatenbund ausgehen, keinen Glauben.

In der vorliegenden Broschüre nun beschäftigt sich Dr. Arendt, gemäß der oben erwähnten bimetallistischen Unterstellung, zuerst lange mit der Frage des Einflusses der Gesetzgebung von 1874 auf den Preisrückgang des Silbers, als ob darin das Währungsproblem bestände. Er setzt dabei ohne weiteres als gegeben voraus, daß, was 1874 zugetroffen, auch 1895, trotz der seitherigen Diskreditierung des Silbers, sofort anwendbar sei, und daß sich ferner, wenn nur einmal die Doppelwährung eingeführt sei, damit alles von selbst regeln werde. Beide Voraussetzungen sind falsch; man könnte die Ausführungen des ersten Teils der Broschüre unterschreiben, ohne aber damit für die heutige praktische Lösung der Währungsfrage auch nur das geringste Zugeständnis gemacht zu haben. Daraus erhellt, daß das Problem anders gefaßt werden muß, und der Streitpunkt wo anders liegt. Wir können auf diesem Gebiete Dr. Arendt noch viel mehr Konzessionen machen. Angenommen z. B., aber nicht zugegeben, es habe wirklich allein die Münzgesetzgebung von 1874 den Anstoß zu dem Preissturz gegeben, so kann man doch bezüglich der Möglichkeit der Remonetisierung und ihrer Wirkung die größten Zweifel hegen. Derartige Deduktionen sind zum Teil für das ideale Ziel, nicht aber für die reale Politik und die Opportunität der Durchführung beweiskräftig. Feststehende Axiome

und Gesetze giebt es in der Volkswirtschaftspolitik nicht: was 1874 richtig gewesen, das kann 1895 ein Fehlgriff sein. Demgemäß beweisen die Ausführungen Arendts über die Demonetisierung des Silbers im Jahre 1874, selbst wenn sie richtig wären, nichts zu Gunsten einer Demonetisierung im Jahre 1895, der Politiker kann die Kontroversen wegen des Jahres 1874 ruhig beiseite liegen lassen.

II.

Je unsolider nun der Grund ist, auf dem der Bimetallismus steht, um so heftiger sind seine Angriffe gegen alle, die sich nicht darauf locken lassen.

In seiner Herrenhausrede vom 16. Mai 1895 hatte der Reichsbankpräsident bemerkt, die Produktionsziffern der Jahre 1871 bis 1894 erklärten ausreichend den starken Preisfall des Silbers: da brauche man gar nicht die Demonetisation herbeizuziehen. Über diese wenigen Worte verbreitet sich Dr. Arendt auf 13 Seiten, um in seiner bekannten Manier den Streitpunkt zu verrücken, als ob es sich nämlich heute angesichts der Währungskonferenz um das Jahr 1874 und nicht um die Frage handle: Ist heute, nachdem das Silber seit zwei Jahrzehnten in seiner Eigenschaft als Zahlungsmittel in der ganzen Welt diskreditiert ist, eine Münzunion im Stande, dem Silber das Vertrauen des Weltmarktes wieder zu gewinnen?

Arendt giebt darauf den Bescheid: Wer das Bildungsniveau besitzt, zu wissen, daß die Erde sich um die Sonne dreht und daß die Silberentwertung eine Folge der silberfeindlichen Gesetzgebung ist, der wird anerkennen, daß mit der Ursache auch die Wirkung aufhört. Dieses Bildungsniveau ist nach Arendt vor allem der englischen Nation eigen und zwar dank der dortigen Währungsenquête von 1887/88: von der damaligen Kommission wurde, wie er meint, dieser Kernpunkt der Währungsfrage endgültig gelöst; erst wieder im Deutschen Wochenblatt vom 13. Juli 1895 erklärt er mit Pathos: „Wenn eine Thatsache wissenschaftlich feststeht — ich brauche nur auf die englische Enquete von 1889 zu verweisen, die hier ein einstimmiges Urteil aussprach —, so ist es die, daß die europäische Münzgesetzgebung die Silberentwertung verursachte.“ Seit diesem Urteil, welches sich auf die gründlichste Untersuchung gestützt habe, würde in England niemand die Produktionsvermehrung als die Ursache der Silberentwertung bezeichnen. Bei dieser Beweisführung unterlegt er, daß alles über die direkte und indirekte Ursache des Preissturzes seit 1874 aufgeklärt und einig, und ferner, daß, was für 1874 gelte, auch für 1895 trotz der enormen Verschiebungen sowohl der Edelmetallproduktion als der staatlichen Finanzlage und der Währungsverhältnisse zutreffend sei: beide Voraussetzungen sind augenscheinlich falsch.

Zunächst fragt sich: Wenn in England alles so aufgeklärt ist: wie kommt es, daß in den letzten Jahren trotz dieser entschiedenen Stellungnahme der Kommission, die Regierung in England und die City nicht daran ging, daraus die praktische Anwendung zu ziehen? Warum verhält sich auch das neugebildete englische Kabinett so ablehnend gegen Arendts Liebeswerbung? Wie im Abgeordnetenhaus, so verkündet Arendt auch in seiner Broschüre, daß der Sieg der Doppelwährungspartei in England nur eine Frage von Wochen sei. Warum erwähnt aber selbst der vielgepriesene A. Balfour in seinem Wahlprogramm der Währungsreform auch nicht mit einem Worte? Warum wurde nich

der „kommende Mann“, sondern der ausgesprochene Goldwährungsmann Hicks-Beach zum Schatzkanzler ernannt? Es ergibt sich hier eine Lücke; entweder ist Arendts Voraussetzung oder seine Schlussfolgerung oder gar beides nicht richtig.

Was einem in erster Linie auffällt, ist, daß Arendts Behauptung, in England stimme alles dem oben angeführten Urteil über die Ursache der Silberentwertung zu, nicht den Thatfachen entspricht. Als Beweis für das Gegenteil nennen wir nur aus den letzten Monaten beispielsweise die Publikationen von Shaw, H. D. Mac Leod und J. H. Tritton, die schon vor der Herrenhausrede des Dr. Koch auch in Deutschland allseitige Beachtung gefunden haben und auch Arendt bekannt sein müssen. Tritton citiert den französischen Enquetebericht von 1869, der ausdrücklich besagt: „Sur le marché général l'argent tend à se déprécier. l'or au contraire est demandé“ und fährt dann fort: „Im Jahre 1870 waren sichtbar Gründe genug vorhanden, um Frankreich die Doppelwährung unerträglich erscheinen zu lassen: nämlich die wachsende Ausbeute der Silberbergwerke.“ Zudem wird in England selbst der Kommission, wie Herrn Arendt aus der wegwerfenden Äußerung Goschens von 1890 recht wohl bekannt sein muß, nicht der Nimbus der Autorität zuerkannt, mit dem sie Arendt aufputzen möchte. In Amerika haben sich die Bimetallisten selbst über die Anschauung der englischen Kommission schon lang hinweggesetzt; erst kürzlich wieder, am 28. Mai, hat einer der Führer der amerikanischen Bimetallisten, Senator John Sherman, eine Währungsrede mit den Worten eingeleitet, daß gerade die Wechselwirkung zwischen der Produktion und dem Wert des Silbers ein noch ungelöstes Problem bilde. Auch bei der vorjährigen Silberenquête konstatierte der Vorsitzende, Graf Posadowsky, als die erste noch ungelöste Streitfrage bleibe gerade die zuriß, ob und inwiefern die staatliche Autorität gegenüber der derzeitigen Überproduktion an Silber eine Steigerung seines Preises herbeiführen könne. Das ist thatächlich die angeblich endgültige Erledigung. Trotzdem führt Dr. Arendt die für jedermann und namentlich für den deutschen Reichsbankpräsidenten ganz unmaßgebliche Anschauung einer ausländischen Kommission als einen objektiv feststehenden Beweis an.

Zugleich identifiziert Arendt, um der seinerseits aufgestellten Behauptung den Schein der Objektivität und Autorität zu verschaffen, das Urteil dieser Kommission mit einer wissenschaftlichen Feststellung; ohne Wissenschaft thut es ja dieser der Universität entrißene Gelehrte nicht. Wir fragen: Bestand denn die Aufgabe dieser Kommission in der Ernüierung wissenschaftlicher Thatfachen? Ihren Mitgliedern würde es doch auch nie beikommen, sich als Nationalökonomien von Fach auszugeben, als die sie Arendt angesehen haben möchte. Indes hat Arendt noch eine weitere wissenschaftliche Autorität bei der Hand. Indem er nochmals, wie in der Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses vom 21. Mai auf Grund des Kommissionsberichts jedem, der nicht die silberfeindliche Gesetzgebung als Ursache der Silberentwertung anerkennt, die Ehre abspricht, fährt er fort: „Jeder Nationalökonom wird die Demonetisation, d. h. das Aufhören der Silberprägungen durch die Änderung der europäisch-amerikanischen Gesetzgebung für die Ursache erklären, die erst ermöglichte, daß die vermehrte Produktion einen Preisfall des Silbers überhaupt eintreten lassen konnte.“ Er ruft damit alle Nationalökonomien zu Sekundanten für seinen Lehrsatz auf, wählt aber zu diesem Zwecke eine neue Fassung; wie wir oben be-

züglich des Begriffs „Münzgesetzgebung“ gezeigt haben, so wechselt hier Arendt auch die Bedeutung des Begriffs der „Demonetisation“. Dr. Koch hatte darunter die deutschen Silberverkäufe (im Vergleich zu den amerikanischen Silberankäufen) verstanden; Arendt dagegen stellt diesem Begriff eine Fassung gegenüber, die ein Zusammenwirken verschiedener Ursachen in sich begreift, nämlich

1) die vermehrte Produktion: sie „hat einen Preisfall des Silbers eintreten lassen“;

2) das Aufhören der europäisch-amerikanischen Silberprägungen, d. h. doch des Umtausches des Silbers zum Höchstpreis seitens der Staaten in ihrer Eigenschaft als Münzfabrikanten.

Hienach würde es sich um eine Kombination von Ursachen und nur um deren graduelle Unterscheidung handeln; mit dieser neuen Fassung schiebt Arendt selbst eine der Ursachen ein, um wissenschaftliche Zeugen zu erlangen, und zwar das Moment, um das sich der ganze Streit dreht: denn wenn die Produktionsvermehrung der letzten Jahre „den Preisfall des Silbers hat eintreten lassen“, so ist der Kernpunkt des Währungsproblems nicht mehr die akademische Untersuchung, was vor zwanzig Jahren in erster, zweiter, dritter Linie den Silbersturz verursacht hat, sondern die oben skizzierte praktische Frage: sind nicht schon die Hypothesen über die künftige Gestaltung der Produktion und der Verwendung der Edelmetalle so schwankend, daß einem ernsthaften Politiker das Projekt des auf Aufkauf einer entwerteten Ware und auf künstliche Preistreiberei hinauslaufenden Doppelwährungsbundes als undiskutierbar erscheinen muß? Und diese Frage lag dem preussischen Herrenhaus am 16. Mai zur Entscheidung vor.

Mag übrigens 1874 und in den darauffolgenden Jahren von den aufgezählten Faktoren der eine oder andere in besonderem Grade oder gar allein eingewirkt haben: heute haben wir mit der Tatsache zu rechnen, daß Silber nicht mehr ein kostbares, sondern ein entwertetes, diskreditiertes Metall ist. Arendt behauptet zwar, im Gegenteil, auch heute noch habe Silber einen Seltenheitswert und seinen normalen Stand beibehalten, nur Gold sei im Werte gestiegen. Damit kommen wir auf einen andern Teil seiner Beweisführung.

III.

Bezüglich der Goldwertsteigerung hat vor einigen Monaten der geachtete der Bimetallisten, der holländische Minister Pierjon selbst näher dargelegt, daß die Bimetallisten für diese Behauptung (die in dem Leitfaden S. 47 nach bekanntem Muster als „wissenschaftlich feststehend“ hingestellt wird) auch alle Beweise schuldig geblieben sind. Arendt erwidert lächelnd: „Pierjon habe ich nicht gelesen,“ — eine probate Art von Widerlegung; „im übrigen sei im Innern der Silberländer seit 1873 der Geldwert stabil geblieben und das sei Beweis genug, daß der Goldwert es sei, der sich verändert habe.“ Wäre dem je so, so würde dies nur beweisen, daß die bimetallistischen Anschauungen über die Preisgestaltung falsch sind, daß vor allem zwischen Preis und Geldwert nicht der direkte ursächliche Zusammenhang besteht, wie Arendt annimmt. Eines der vielen selbständig preisbestimmenden Momente ist die Marktstimmung und das Vertrauen des Weltmarkts, und das würde schon die — angebliche und vorläufige — Stabilität der Preise in Indien zur Genüge erklären; denn in dem ver-

fehlsarmen Osten bedarf es langer Zeit, bis der Einfluß des Weltmarkts und seiner Untertarifierung des Münzmaterials ins Innere vordringt. Im übrigen besteht die angebliche Stabilität des indischen Silbergeldes nur in der Phantasia Arendts; über so komplizierte Fragen, wie Preisverschiebung und Lohn-Kaufkraft ist überhaupt wenig beweiskräftiges Material vorhanden, am wenigsten für so ausgedehnte und so verschiedenartige Länderstrecken, wie Indien und Mexiko. Den zwei Berichten, die Arendt zitiert, können dutzend andere Ansagen gegenübergestellt werden, die das Gegenteil bestätigen.

Jeder weiß, daß Gold in seinem heutigen Werte, auch ohne die Nachfrage für die staatlichen Münzstätten, überall auf der ganzen Erde Abnehmer findet; selbst im Innern der ostasiatischen Silberländer wird auch in dem entlegensten Dorfe Gold gerne in Zahlung genommen. Der Wert ruht auf dem Vertrauen des Weltverkehrs, auf der größeren Zirkulationsfläche.

Auf der früheren Stufe der Bezirkswirtschaft reichte ein Zirkulationsmittel von räumlich beschränkter Geltung aus, wies das Silber ein solches ist. Im gleichen Schritte, in dem wir uns der Weltwirtschaft nähern und angliedern, je mehr Produkte wir vom Ausland beziehen und ihm liefern, je enghemischer die beiderseitigen Beziehungen werden, je mehr der Eisenbahn- und Dampfverkehr an Vervollkommenung und Ausdehnung gewinnt, je internationaler das Umlaufgebiet sich gestaltet, um so notwendiger wird die internationale Geltung des Mittels dieser Zirkulation, desto mehr erweitert sich der Abnehmerkreis des Goldes, desto mehr steigt der Wert des Goldes als Weltgeld und die Nachfrage nach ihm, desto mehr sinkt der Wert des Silbers als Zahlungsmittel. Zugleich erstarkten allmählich auch andere Staaten industriell und konnten die Überseestaaten auf ungeahnte Weise ihre Rohprodukten-Ausfuhr steigern; von Australien und Nordamerika kam immer weniger Gold nach Europa, sein Umlaufgebiet aber und sein Geltungsbereich hatte sich binnen wenigen Jahrzehnten, entsprechend der Umgestaltung der internationalen Handelsbilanz, ungemein verbreitert. Die Zirkulationsfläche und Wertbasis erweiterte sich für das gelbe, verengerte sich für das weiße Metall. Dementsprechend wurde von der gleichzeitig gesteigerten Rohproduktion der Wert des ersten Metalls nicht, der des Silbers tief berührt. Seit 1850 haben infolge der Verbilligung der Erzeugung und des Transports die Preise aller Metalle einen Rückgang von mindestens 25% erlitten; die Mittelpreise der gesamten Metallgruppe zeigen, mag man sie nach amerikanischen, englischen oder deutschen Notierungen berechnen, eine gleichmäßig sinkende Tendenz. Analog erlitt auch der Silberpreis einen gleichen Rückgang, der aber bis 1874 dadurch verdeckt wurde, daß bis dorthin der Wert des Silbers auf künstlichem Wege mit dem des Goldes verbunden war. Als 1874 dieses künstliche Band zerschnitten wurde, eilte der Silberwert der Preisbewegung der übrigen Metalle nach, überholte solche sogar in Zeiten der Panik und voreiligen Eskomptierung. Auf der andern Seite ist die Festigkeit des Goldwertes, die trotz der kolossalen Produktionssteigerung in dem fünften und achten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts auf ganz unerwartete Weise sich konstant hielt, dafür ein Beweis, daß der Bedarf an Gold — und zwar infolge der fortschreitenden Ausdehnung des Weltverkehrs — immer noch größer als das Angebot ist. Die europäisch-amerikanische Gesetzgebung bestätigte nur eine Wandlung, die sich schon lange vorbereitet hatte und beseitigte mit der Freiprägung des Silbers einen Zustand, der nicht mehr haltbar war. Die gegenteilige Behauptung der Bimetallisten — mit dem

Silberwert sei keine Veränderung vorgekommen, er bilde die Norm; nur Gold sei es, das auf der Wertskala gestiegen — diese Behauptung mochte vor einem Jahrzehnt, bei dem niederen Stand der damaligen Goldproduktion einiges für sich haben; daß sie heute deplaciert ist, weiß jedermann. Sobald Deutschlands Industrie und Handel einer wirtschaftlichen Großmachstellung sich genähert hatten, wurde für sie die Einführung eines Weltgeldes notwendig, dies umso mehr, als der Hauptkonkurrent auf dem internationalen Markt, England, dieses Weltgeld zur Seite hatte.

Der Weltverkehr hatte aber auch noch eine zweite Folge, nämlich die Herstellung des engeren Rapports zwischen Waren-Angebot und Nachfrage, und dadurch auch zwischen den Preisen der Stapel- und Weltmarktartikel, in erster Linie der Rohprodukte. Die Ausgleiche der Preise (und infolgedessen steigende Verbilligung) — das ist die primäre Ursache des heutigen Preisrückgangs, wie dies schon daraus deutlich hervorgeht, daß es gerade diese Weltmarktartikel und die Fabrikate daraus sind, die allein oder hauptsächlich dem Preisrückgang unterliegen, daß ihm ferner im Laufe der letzten Jahrzehnte, die verschiedenen Rohprodukte, vor allem Getreide im gleichen Schritt unterworfen worden sind, in welchem sie in den Kreis des Weltmarktes gezogen wurden. Je günstiger die Produktionsbedingungen jeweils lagen, umso eher wurden in den Weltmarkt die einzelnen Artikel und die einzelnen Landstriche hereingezogen.

Diese doppelseitige wertbestimmende Kraft des Weltverkehrs beachtet Arendt nicht. Nach ihm ist der Rückgang der Preise, insbesondere der Getreidepreise lediglich durch die Goldwertsteigerung herbeigeführt worden; bloß wegen der Valutadifferenzen könne das indische oder russische Getreide so billig angeboten werden. Andere Leute sind der Ansicht, so wichtig wie die Wechselkurse sei auch z. B. der Stand der Frachtraten oder der Umfang des Anbaus und der Ernte Indiens, wie anderseits der konkurrierenden westlichen Staaten, namentlich Argentiniens. Zufällig sind das die Leute, die Indien aus eigener Erfahrung kennen; betont wird dies z. B. schon in dem Statement of the trade of British India for the years 1879/83, und wer diese Anschauung einwandslos wiedergibt, das ist eben unser Arendt („der Währungsstreit in Deutschland“ 1886, S. 25). Welche Bedeutung die Valutadifferenz thatsächlich für Deutschland hat, mögen zwei Daten beleuchten: 1881 z. B. betrug die Fracht von Kalkutta nach London Sh. 58—60, 1892 Sh. 15, oder 1881: 42%, 1892: 12% des Kalkuttaer Verkaufspreises; die Differenz des Kurses zwischen 1881 und 1892 betrug bei dem 1881er Preis von rund 70 Rupien 27 Sh., die Differenz der Fracht dagegen nahezu das Doppelte, nämlich Sh. 43! Ferner: die gesamte Ausfuhr Deutschlands nach Indien beträgt noch nicht 1 1/2% (!) der deutschen Gesamtausfuhr; die Weizeneinfuhr Indiens nach Deutschland erreichte 1894, trotz des niedrigen Rupienkurses ganze 9470 Tonnen oder noch nicht 1% (!) der deutschen Gesamteinfuhr (von 1 1/2 Mill. Tonnen). —

Speziell wegen des indischen Getreidepreises haben wir soeben angedeutet, wie sein Stand das Ergebnis der Kombination verschiedener Ursachen ist. Nach Arendt entscheidet hierüber lediglich eine dieser Ursachen, nämlich der Wechselkurs, und zwar nicht etwa 1873, beim ersten Auftreten der Valutadifferenzen, sondern auch heute noch im Jahr 1895; insbesondere hätten — und dies behauptet er auch neuerdings wieder im Deutschen Wochenblatt, S. 341 — in Indien die Eisenbahnen nichts zur Verbilligung des Getreidepreises beigetragen. Wie kann denn aber Indien

überhaupt noch, seitdem der Londoner Weizenpreis von 30 Mark per Doppelzentner im Jahr 1886—87 auf 20 Mark gesunken ist, Weizen an den Westen abliefern? Die Lieferung ist, da der Kupientkurs der in der letzten Zeit nicht wesentlich schwankt, nur noch möglich durch das Fallen der Transportpreise. Je mehr Bezirke im Innern Indiens durch die Eisenbahn erschlossen, je mehr die Frachten verbilligt werden, um so billigeren Weizen wird, falls nicht der nähere Osten sich bewirbt, der Westen erhalten. Was hat denn im far west oder in Argentinien den Anstoß dazu gegeben, den jungfräulichen Boden unter den Pflug zu nehmen? Worauf beruht denn die Konkurrenzfähigkeit Australiens, Nordamerikas, Kanadas, der Kapkolonie und anderer Goldwährungsstaaten? Wie dort, so wird auch in den Silberländern die wirtschaftliche Entwicklung und die Konkurrenzfähigkeit der zurückgebliebenen Landesteile hauptsächlich durch die Ausdehnung und Verfeinerung des Eisenbahnnetzes gefördert. Diesen Einwand glaubt Arendt — der sich doch damit brüstet, gleich nach seiner Doktorierung in den Währungskampf eingegriffen zu haben — mit der Phrase abthun zu können, daß dies die unreife Anschauung eines jungen Gelehrten sei. Aber diese Thatsache ist nichts anderes als die Bestätigung des Thünnenschen Gesetzes (über die Umgestaltung des Standorts der Produktion durch den fortschreitenden Verkehr), das sich erprobt hat, ehe noch Arendt auf der Welt war; sie wird zudem selbst von den englischen Vimetallisten anerkannt.

Geht man nun weiter und hält Arendt vor, daß die tendenziöse Uebertreibung des Einflusses der Valutadifferenzen auf den Getreidepreis, wie dies neuerdings von Pierson, Shaw-Lefebvre, Helfferich u. a. eingehend dargelegt worden, im Widerspruch mit allen Thatsachen stehe, so entgegnet er mit vornehmer Attitüde: „Jeder im praktischen Leben Stehende weiß, daß die Dinge sich umgekehrt verhalten, wie der Herr Reichsbankpräsident annimmt.“ Das ist in der That eine neue Art von Disputation: weist man Arendt nach, daß die Laienanschauung falsch ist, dann beruft er sich eben auf diese Laienanschauung.

Nun fragt sich aber vor allem: ist es denkbar, daß Indien, das auf den Liverpooler Markt an Getreide etwa $\frac{1}{10}$ der Gesamtanfuhr liefert, gegen alle Preiswandlungen der letzten Jahre, insbesondere gegen die argentinischen Unterbietungen immun gewesen, dieses Zehntel und die Kaufkraft des indischen Getreides durch das Gesamtüberangebot des Weltmarkts nicht im Preise gedrückt worden sei! Das erscheint doch von vornherein kaum annehmbar und trifft auch thatsächlich nicht zu. Das indische Getreide ist nominell auf demselben Kupienpreis stehen geblieben, effektiv jedoch, entsprechend der Einwirkung des Weltmarktpreises, eben um den ungefähren Betrag der Kursdifferenz gefallen und hat eben dadurch im näheren Osten lohnenden Absatz gewonnen: für die angebliche Stabilität des Silberwertes und für die angebliche Goldvertenerung beweist der indische Getreidepreis gar nichts. Den wenigen Reiseberichten, die Arendt anführt, stehen ebenso viele andere gegenüber, wonach in den Silberländern alle die Produkte, die exportiert und auf dem Weltmarkt verkauft werden können, die Tendenz zum Steigen zeigen, so namentlich in Mexiko. Bezüglich Indiens konstatiert der Komitebericht über die indische Währungsreform 1893 (unter No. 31), daß die Warenpreise zu steigen scheinen. Daß dort auch die Löhne, trotz der großen Genügsamkeit der Arbeiter, namentlich für die qualifizierte Arbeit im Steigen begriffen sind, hat Ellstätter nachgewiesen. —

IV.

Das Moment des Vertrauens seitens des Weltmarkts auf das Münzmaterial kennt Arendt nicht; er setzt einen mystischen Seltenheitswert des Silbers voraus und behauptet bald (Leitsaden S. 14), es sei die Art der Förderung, bald, es sei Geldqualität (Silberenquête S. 369 u. 370), welche den Wert des Silbers bestimme; es sei nicht zu viel Silber vorhanden und es fehle nicht an der Silber-Nachfrage. Nun ist die Seltenheit nicht eine inhärente Eigenschaft eines Metalls, sondern nur eine relative, im Verhältnis zu anderen Metallen, wie im Verhältnis zu der Verwendung stehende; die Eigenschaft haftet nicht dem Wesen des Silbers an, sondern schwindet im gleichen Grade, in dem die tatsächliche Silbergewinnung Fortschritte macht, in dem namentlich Aussicht auf weiteren Silberzufluß vorliegt, oder auch in dem die Verwendungsfähigkeit der gesteigerten Produktion nicht nachfolgen kann. Die Seltenheits-Eigenschaft des Silbers ist damit zu einer statistischen Thatsache geworden, und kann nicht, wie Arendt thut, mit dem seltenen Vorkommen und der Nicht-Vermehrbarkeit des Silbers bewiesen werden. Die Seltenheit des Silbers ist heute jedenfalls eine geminderte, von vielen geradezu bestrittene. Es ist daher unzulässig, sie heute noch als feststehend voranzusetzen und zu Schlüssen zu benützen. Zudem ist die Thatsache der besonderen Seltenheit und Kostbarkeit, von der Arendt als feststehend ausgeht, bestritten: Eisen war früher Münzmetall, Kupfer ist es heute noch. Das Angebot des Kupfers nun hat sich in gleicher Weise, wie das des Silbers seit zwei Jahrzehnten verdoppelt, sein Preis ist demgemäß aus gleichem Grunde, weil es noch beliebig vermehrbar erscheint, um die Hälfte gefallen. Diese Vermehrbarkeit, diese Möglichkeit, trotz eines Überangebots, sofort noch weiterem Bedarf zu entsprechen, macht ja eben das Wesen der sog. „Überproduktion“ (oder der „Überkapitalisierung“) aus. Diese Möglichkeit, diese Überproduktion zeigt sich heute bei der Silbergewinnung; eben diese beliebige Vermehrbarkeit ist es, welche bewirkt, daß das Silber, wie 1892 der frühere Bi-metallist D. Haupt, oder erst vor einigen Wochen wieder Veron-Beaulieu ausgeführt, infolge dieser seiner Überproduktion, seine Bedeutung als Zahlungsmetall für den Weltmarkt verloren hat und keinesfalls mehr diejenige Stetigkeit im Preise erlangen kann, die für seine Qualität als allgemeines Zahlungsmetall erforderlich sei. „In der Zukunft,“ erklärte am 18. Dez. 1893 der bimetallistische Minister Pierçon in der II. holländischen Kammer, „wird Silber nur eben den industriellen Platz einnehmen, wie Kupfer; an die Rehabilitation des Silbers, oder daran, daß es je wieder Deckungsmittel für die Banken oder internationales Zahlungsmittel sein werde, ist nicht mehr zu denken.“

Arendt fährt fort: beim Silber entscheiden nicht die Produktionskosten über seinen Wert; Silber hat heute schon überall ein Unterkommen gefunden: wie viel mehr, wenn ihm durch die Gesetzgebung wieder die Zahlungskraft verliehen wird; dann hat Silber eine unbegrenzte Nachfrage. Der Nachfrage der verbündeten Münzstätten, hinter denen die Kaufkraft der Valuten der reichsten Länder der Welt stehen, kann jedes denkbare Angebot leicht absorbieren.

Damit möchte Arendt etwas beweisen, was nicht bewiesen werden kann, daß nämlich auch eine Steigerung der Silbergewinnung das von einem Doppelwährungsbund angenommene künstliche Wertverhältnis nicht alterieren würde. Arendt setzt hier stillschweigend voraus, daß die formal-gesetzliche

Anerkennung der Liberierungskraft eine wirtschaftliche Folge haben und die Dringlichkeit der Nachfrage so gewaltig steigern werde, daß sie auch einer größeren Intensität der Produktion und des Angebots die Wage halten würde. Das ist aber eine unzulässige Voraussetzung; denn der ganze Streit dreht sich eben darum: wie setzt sich die staatliche Autorität auf wirtschaftlichem Gebiete in die Nachfrage um? kann die staatliche Maßregel ein reelles Bedürfnis nach mehr Silber erzeugen? operiert die unbeschränkte Prägung genau so wie eine wirkliche Nachfrage? Daß es nicht an Leuten fehlen wird, die das Rohsilber bei der Münze umprägen lassen bzw. umwechseln, das ist keine Frage. Auch kann man im allgemeinen zugeben, daß die Regierung die Macht hat, den Silberwert, wenn auch nur in vorübergehender Weise zu heben; kann ja eine derartige Preiserhöhung von jeder à la hausse spekulierenden Privatbank, die als Blankokäuferin auftritt, herbeigeführt werden. Ebenso ist darüber kein Streit, daß die Münze bzw. die Reichsbank die eingetauschten Silberbarren wieder an den Mann bringen wird, die Münze hat hierfür kein Risiko und verdient bei der Umprägung einige Promille Prägegebühr; (im übrigen ist für den schwebenden Währungsstreit die münztechnische Seite, die Stellung des Staates als Münzfabrikant von mehr nebensächlichem Belang). Ob aber das künstliche Wertverhältnis durch eine namhaft gesteigerte Produktion wirklich nicht alteriert würde, das hängt von dem Vertrauen und der Gemütsstimmung der Nachstbeteiligten ab, und dafür — ob wirklich nicht der eine oder andere der Doppelwährungs-Staaten, ähnlich wie Frankreich im Jahre 1874, im Falle einer namhaften Steigerung der Rohproduktion Vorkommungen bekommen und die Freiprägung einstellen würde? — dafür läßt sich ein logischer Beweis nicht erbringen.

Außerdem wird die Sache zu leicht genommen, wenn man diese Umprägung so darstellt, als ob die Münze nur Silber gegen Silber gebe: sie giebt ja Silbermünzen (wenn nicht Banknoten), d. h. Landesgeld, her; sie tauscht nicht, sondern sie kauft mit Landesmünzen Rohsilber. Und die Frage ist: welche Folgewirkungen hat ein derart organisierter Ankauf von Silber? wie wirkt dieses der Volkswirtschaft neu zuströmende Silbergeld auf dieselbe ein? Damit kommen wir auf die Frage, um die sich alles dreht: wie schlägt diese Spekulation für (die Bank bzw.) das Volk aus? Von welcher Dauer ist diese künstliche Freistreiberei? Wie erlangt das noch einströmende Geld Beschäftigung? Kann das neu-zuprägende Silber von dem inneren Verkehr ohne Schaden aufgenommen werden und die Nachfrage und das Vertrauen des Weltmarktes wieder gewinnen? Schädigt die in der künstlichen Werttarifizierung liegende Hausspekulation nicht das deutsche Erwerbsleben? Welche Einwirkung würde die Vermehrung der Umlaufsmittel bei ihrer Ausführung und schon zuvor in Gestalt der Eskomptierung auf die Spekulation, auf das Arbitragegeschäft, auf die Zahlungs- und Handelsbilanz ausüben? Welche Folge all dies nach sich ziehen würde, darüber herrscht unter den deutschen Geschäftsfreunden Einstimmigkeit. In ihrem Urteil trifft sie mit der seit Jahrzehnten feststehenden Theorie zusammen, daß die Kraft des Staates in der Feststellung des Geldwertes keine unbegrenzte ist. Arendt redet immer nur davon, als ob es sich lediglich darum handelte, dem Silber wieder die gesetzliche Zahlkraft zu verleihen, als ob damit alles von selbst wieder in die alten Geleise zurückkehren würde. Aber die Zahlkraft könnte die Regierung auch einigen hundert Millionen neu auszugebenden

Kassenscheinen oder Silberzertifikaten verleihen. Wertverhältnis und Kaufkraft der Umlaufsmittel kann der Staat auf eine mit dem Umlauf des Landes nicht im Einklang stehende Weise, wie schon die Erfahrungen mit John Laws Versuchen gezeigt haben, nur momentan, nie aber dauernd ändern. Weiter zeigt die Geschichte aller Krisen, daß eine den Bedarf übersteigende Vermehrung der Umlaufsmittel — (nicht, wie man sonst annimmt, notwendig das Preisniveau, wohl aber infolge der zunehmenden Einsperrung in den Banken und Geldflüssigkeit) — das Kreditniveau beeinflusst, d. h. Über speculation und Gründungsschwindel hervorruft.

An diese Folgewirkung denken die Vinetallisten nicht, weil ihrem Gedankengang, trotz aller rabulistischen Umkleidung, doch immer wieder der alte Aberglaube zu grunde liegt, als ob der Staat die Kaufkraft des Geldes bestimmen könne. Die gleiche Voreingenommenheit giebt in Bezug auf die praktische Ausföhrung die Erklärung dazu, daß auch noch nicht einer der Vinetallisten auf den Gedanken verfallen ist, daß zu der nachhaltigen Wirksamkeit des staatlichen Eingreifens und zur Durchföhrung der mit der Doppelwährung erstrebten Organisierung des Silbermarktes eine komplizierte Bankorganisation, eine einheitliche Finanz- und Bankpolitik notwendig wäre. Fast man diesen Punkt schärfer ins Auge, so tritt das Utopische eines Weltbundes erst recht ins Auge. Wie etwa soll eine solche in dem Münzbund ein- und durchgeföhrte werden? Eine einheitliche Bankpolitik setzt eine Gemeinsamkeit der Interessen voraus: wer möchte eine solche immer bei den Staaten des Währungsbundes voraussetzen? Trotz des Bundes würde die Reichsbank ganz andere Interessen zu wahren und verteidigen haben, als etwa die Bank von Frankreich oder die von England oder die der Vereinigten Staaten. Daraus befürchtet wohl der erfahrene Leiter unserer Reichsbank ein heillofes Chaos und eine gar nicht zu übernehmende Verantwortlichkeit; mit vollem Recht weist er aus seiner persönlich ganz uninteressierten Stellung heraus auf die Gefahren hin, welche in der Undurchföhrbarkeit solcher utopischen Währungs experimente liegen.

Die Goldwährung hat unseren Handelsbeziehungen mit dem Ausland ein feste, sichere Kalkulationsbasis und das Vertrauen des Weltmarktes verschafft, der deutschen Bankthätigkeit und dem deutschen Geldmarkt eine erhöhte Bedeutung vermittelt, für die deutsche Produktion ihre Kaufkraft und Schlagfertigkeit, ihre Import- und Konkurrenzfähigkeit gesteigert, nach diesen verschiedenartigen Richtungen einen Vorsprung vor andern Ländern, namentlich vor den Silberländern, geschaffen, den das deutsche Reich schon während der langen Übergangszeit einbüßen würde. Von diesen verschiedenen, die Industrie, die Bankthätigkeit, den Kredit, den Auslandshandel, das Geldwesen berührende Punkten behandelt Arendt nur einen speziellen, nämlich die Möglichkeit des Goldabflusses in die dem Bunde nicht angehörenden Länder. Zunächst fragt sich: Wie verhält es sich mit dem Goldagio, so lange der ideale Währungsbund noch nicht abgeschlossen ist? Darüber erfahren wir von Arendt nichts. Er schweigt sich zudem auch über den Einwand aus: wenn Indien in den letzten Jahrzehnten durch seine Arbitrageure mehrere Milliarden Mark Gold an sich ziehen und in den letzten Jahren einige hundert Millionen Mark Gold wieder nach dem Westen senden konnte: warum soll nicht — da die Hebung des Kupferkurses den Goldimport wieder beleben müßte — dieses Land, warum nicht ferner China und Japan, warum nicht Rußland,

warum nicht alle die Länder, die dem Währungsbund während der Uebergangszeit nicht angehören, den gleichen Aderlaß gegenüber dem Währungsbund durchführen können? Eine weitere Voraussetzung der Arendtschen Beweisführung besteht von jeher darin, daß nur auf dem Wege des Exports Gold aus der Zirkulation eines Landes verschwinden könne. Auch diese Voraussetzung ist irrig; denn außerdem werden erfahrungsgemäß, sobald sich ein Agio bildet, bedeutende Mengen von Gold ihrem Zirkulationsberufe entzogen und thesauriert (vergl. Mc.Leod in der Monatschrift „Nineteenth Century“ vom Juni 1895 S. 996). In allen Ländern mit Goldagio, (Spanien z. B.) werden viele Millionen Mark Gold zu Spekulationszwecken thesauriert, da man bei den Valutaschwankungen einen reichlicheren und sichereren Kursgewinn erzielt, als mit der Spekulation in Spielpapieren; den Kurs des Edelmetalls und der Goldmünze aus den Zeitungen zu entnehmen, hat bald jeder gewöhnliche Mann gelernt. Daß in Nordamerika während der Krise von 1893 sofort die Goldstücke von Privaten eingesperrt wurden in einer Menge, die auf Hundert Millionen Dollars beziffert werden konnte, hat schon Loz in der Silberenquete-Kommission erwähnt. Daraus folgt: die Gefahr, daß das Gold bald dem Verkehr entzogen und damit die Grundlage unseres Verkehrslebens erschüttert wird, ist eine so ernste, daß darüber Arendts Versprechungen nicht hinwegtäuschen können.

Für die andern erwähnten Hauptpunkte hat Arendt überhaupt keine Antwort.

Endlich setzt Arendt stillschweigend für alle seine Behauptungen etwas voraus, das noch nicht existiert, nämlich einen Münzbund, dem nicht nur die von ihm laut der Erklärung vom 1. Juli hiezu erkorenen Staaten Frankreich und die Union, Deutschland und England, sondern auch Oesterreich-Ungarn, Italien, Spanien, Holland, Belgien und die englischen Kolonien angehören: diesen Hauptstaaten müsse sich in der Folge die übrige Welt ohne weiteres anschließen, mit Ausnahme Rußlands, das er aus dem Spiele lassen will.

Daß dieser definitive Zustand in menschlich absehbarer Zeit erreicht werde, wird selbst Arendt nicht hoffen. In der Theorie mag ein bimetalлистischer Dozent voraussetzen, daß schon die ganze zivilisierte Welt zur Doppelwährung übergegangen sei. Für die praktische Durchführung des bimetalлистischen Programms dagegen und für die Herrenhausdebatte vom 16. Mai stand in erster Linie das Provisorium und die Uebergangszeit, die Vorfrage zur Beratung: Was geschieht, ehe dieser Weltbund ausgebaut ist und so lange er nur aus Frankreich, Nordamerika und Deutschland besteht? was dann namentlich in anormalen Zeiten, in den Tagen von Kriegen und Krisen? Ist dann der Staatenbund gegen alle Angriffe auf Kredit und Währung gefestigt? Vollends in dem Fall, — an den man ja auch denken muß, — wenn die Angehörigen des Bundes selbst miteinander Krieg führen? Für die Herrenhausdebatte vom 16. Mai handelte es sich nicht um die Zukunftsmusik, wie herrlich es um die Welt bestellt wäre, wenn einmal nach Jahrzehnten alle Hauptstaaten einem Währungsbund angehören würden, sondern darum: was hat das deutsche Reich an Opfern und Risiko zu übernehmen, bis einmal dieses ideale Zeitalter erreicht, bis nur das Vertrauen der leitenden Verkehrskreise und des Weltmarktes gewonnen ist? Welche Gefahren würden der deut-

ischen Volkswirtschaft, der Produktivkraft und Konkurrenzfähigkeit während des Uebergangs zur Doppelwährung drohen? Welches Risiko hätte der Reichskanzler ferner für den Fall der vereinigten Liquidation des Währungsbundes sowohl in Hinsicht auf den Kredit und auf die Finanzen des Reiches als bezüglich des Erwerbslebens des Volkes in Rechnung zu stellen? Auch diese Punkte berührt Arendt nicht mit einem Wort.

Nach ihm ist ein Münzbund von unbegrenzter Dauer, die Silberproduktion auf dem Höhepunkt angelangt und von nun an im Rückgang begriffen, die Feststellung der Wertrelation Nebensache! Ist nur einmal das Gesetz, d. h. die Münzunion zu stande gekommen, so erledigt sich das alles von selbst! Auf Grund derartiger unbewiesener Hypothesen soll es ein Staatenbund riskieren, den naturgemäß gegebenen Stand des Silberpreises auf künstlichem Wege zu berichtigen und durch Errichtung mehrerer Unvräge- oder Wechselstellen für Silberbarren als Blankofäufer mit einem Höchst-Limit auf dem Markte aufzutreten! Wie viel Millionen würde diese Preistreiberei den Staatenbund, d. h. dessen Volkswirtschaft kosten?

Die einzig richtige Antwort hat kürzlich Veris mit dem bekannten Aussprüche gegeben: die jährliche Vermehrung des Metallgolds um ca. eine Milliarde Mark würde unzweifelhaft eine Preisrevolution erzeugen, die abwechselnd von Schwindel und Krisen begleitet wäre. Dafür liefert ja die Wirtschaftsgeschichte Beispiele genug; schon die jüngste amerikanische Geldkrise könnte als warnendes Beispiel genügen; die Uebersättigung mit Metallgeld hätte ähnliche Folgen, wie die Papiervirtschaft, (zu der, nach allen bisherigen Erfahrungen, schließlich doch die Doppelwährung führen müßte). „Der Mißbrauch mit dem Papiergeld“, sagt Max Wirth in seiner eben erschienenen Broschüre über die Notenbankfrage, „sollte für immer als warnendes Beispiel einer mißverstandenen Theorie dienen, zumal in allgemeinen Nöten unklare Köpfe stets wieder mit dem gleichen Vorschlag kommen.“

Arendt verspricht zwar das Blaue vom Himmel herunter, für die Landwirte und für die Industriellen, für die Arbeiter und die Kapitalisten, für das In- und für das Ausland; aber er hat schon so viel vorausgesagt, das nachher nicht eingetroffen ist, daß auf solche Wechsel niemand viel giebt. Was sollte nach ihm nicht alles aus der Demonetisierung entstehen: Europa, schrieb 1882 Arendt, kann die dauernde Versorgung mit Brot, da es kein Silber für Amerika hat, nicht mehr ermöglichen; ein andermal meint er: der Kontinent wird mit indischem Weizen überschwemmt, der Export nach dem Osten abgeschnürt. Wer nicht daran glaubte, war unehrlich und unwissenschaftlich. Von allen diesen Unglücks-Prophezeiungen zwar ist das gerade Gegenteil eingetroffen. Die Getreide-Einfuhr Indiens hat mehr und mehr abgenommen, die Ausfuhr nach Indien ist stetig gestiegen und hat sich im vergangenen Jahrzehnt mehr als verdoppelt; die deutsche Industrie hat sich gehoben und der Geldmarkt zeigt eine Überfülle von Umlaufsmitteln, wie noch nie vorher. Demungeachtet behauptet Arendt auch heute noch: „die Goldwährung tötet alle Produktion“ (S. 53); „der Welt wäre durch die Doppelwährung die ganze wirtschaftliche Krise erspart geblieben“ (S. 77); ja selbst den ungeheuerlichen Satz Blands, daß die überseeische Auswanderung aus den Kontinentalstaaten von der Demonetisierung herkomme, druckt Arendt (S. 14) ohne Bemerkung nach. Derlei Albernheiten verdienen ja kein Wort. —

V.

Unsere Aufgabe, die bimetallistische Kampfesart zu beleuchten, wäre damit erfüllt. Das vorliegende Pamphlet ist ein typisches Beispiel hierfür; der Unterschied besteht nur in der bekannten Eigenart Arendts: er wiederholt seine alten Hypothesen, obgleich sie durch die Thatfachen und durch die neuere Forschung überholt und widerlegt worden sind, stellt nach seiner Methode von vornherein als bewiesen hin, was erst noch zu beweisen ist und bedient sich der Verrückung des Streitpunkts, der schiefen und unrichtigen Generalisierung, unzulässiger Voraussetzungen oder Schlussfolgerungen und namentlich der persönlichen Angriffe mit Vorliebe. Nur als Beispiel für letztere weisen wir darauf hin, in welcher Pose Arendt seine Beweisführung in der Frage der bisherigen Entwicklung des Silberpreises antritt: da bekümmert er offen, daß Dr. Kochs Ausführungen über die Silberentwertung einen so auffallenden Mangel an Kenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse verrät, daß die hohe amtliche Stelle, von der eine solche Äußerung ausgeht, dadurch vor allen Sachkundigen und namentlich vor dem Ausland bloßgestellt ist. „Tieftraurig ist es,“ versichert Arendt, „wenn der Präsident der deutschen Reichsbank sich über das Grundproblem des Währungsstreites in dieser Art äußert. Schon die ersten Worte des Herrn Dr. Koch zeigen, daß ihm der Kernpunkt dieser ganzen Frage noch nicht deutlich geworden ist“ u. i. w.

Hält man zu diesem Prolog das nachfolgende Gebaren, so hat man die Charakterfigur eines Ritters für Ehre und Wahrheit vor sich.

Dies noch mehr, wenn man sieht, wie Arendt für seine gewagten Behauptungen immer wieder Zeugen gewinnt. Der Beschluß des Staatsrats soll nach Arendt (negativ, wegen der Weglassung der Worte „ohne der Reichswährung zu präjudizieren“) daselbe ausgedrückt haben, wie Mirbachs Antrag im Herrenhaus: und doch wurde im Staatsrat der bimetallistische Antrag Mirbachs mit großer Mehrheit verworfen. Zugleich bemüht sich Arendt, den Reichsbankpräsidenten in eine gegensätzliche Stellung zur Reichsregierung zu bringen, nicht das erste Mal, daß dieser Versuch von bimetallistischer Seite gemacht wird. Wie steht es aber in Wirklichkeit? Im Herrenhaus hat Herr Dr. Koch genau den Standpunkt des Reichskanzlers vertreten, der unsere Reichswährung nicht präjudizieren will, und der dafür auftrat, aus dem Antrag Mirbach die Worte „mit dem Endziel eines internationalen Bimetallismus“ zu streichen. Nicht ein Wort hat Herr Dr. Koch gesprochen, das nicht mit der Stellung des Reichskanzlers in der Frage vereinbar wäre. Aber das thut nichts zur Sache! Sodann citiert auf Seite 3 Dr. Arendt als Zeugen den Präsidenten der Bank von Frankreich und die Direktoren der Bank von England: als ob der Präsident der deutschen Reichsbank die gleiche Stellung einnehmen müßte, wie der der französischen Bank, der gerne seine Milliarden Silber los wäre oder einer der englischen Direktoren, der z. B. durch die für Großbritannien maßgebende Rücksicht auf Indien beeinflusst werden kann. „Die Mehrzahl der Direktoren der Bank von England,“ behauptet Arendt, „sind Bimetallisten.“ Thatsächlich ist dies von den 28 Direktoren kaum ein Drittel. Was übrigens die Qualifikation der Direktoren der Bank von England anbelangt, so sind diese Herren durchaus nicht das, wofür sie ausgegeben werden. Sie haben keinen

direkten Anteil an der Leitung der Bankgeschäfte und sind nichts weniger als finanzielle Autoritäten; sie bedeuten nicht mehr als die Verwaltungsräte unserer Aktiengesellschaften und sind alles andere z. B. Fabrikanten, Kaufleute, Rentner u. s. w., nur nicht Bankiers vom Fach: solche sind als Direktoren der Bank of England nach den veralteten Gebräuchen überhaupt nicht wählbar. Insbesondere ist das, was Arendt mit seiner Behauptung (S. 3 u. S. 70) andeuten will, als ob nämlich die Leitung der Bank von England bimetallistisch sei, grundfalsch. Weiter sind die wirklich leitenden Personen der Notenbanken z. B. in Brüssel, Kopenhagen, Stockholm, Wien, Rom u. s. w. entschiedene Gegner des Bimetallismus. Ebenso verhält es sich mit den publizistischen Autoritäten, die Arendt anführt: er stützt sich diesmal auf den Brief des Freiherrn v. Roggenbach, dessen volkswirtschaftliche Bedeutung und Beweiskraft jedem Kenner bekannt ist, und auf einen Artikel der bimetallistischen „Financial News“, (dessen Grundton und verspätetes Erscheinen — 14 Tage nach der Herrenhausrede des Reichsbankpräsidenten — auf einen höchst verdächtigen Ursprung hinweist): diesen Artikel eines einzelnen Parteiblattes verwertet er als direkten Ausfluß des damaligen Urteils der ganzen City und als objektives Zeugnis für ihre heutige Haltung, während doch das Gegenteil dieser bimetallistischen Darstellungen aus den maßgebenden volkswirtschaftlichen Blättern, dem „Economist“, dem „Statist“, der „Times“ u. a. sofort nach dem 16. Mai erhoben werden konnte, auch heute noch täglich konstatiert werden kann. Es reißt sich diese Manier würdig der andern oben dargestellten an, nach der er das Urteil der englischen Enquetekommission von 1887/88 wiedergibt. Nicht minder kennzeichnend sind die wiederkehrenden Großsprechereien mit England: „Niemand in England, würde, wie der Reichsbankpräsident, die Silberüberproduktion als die Ursache der Silberentwertung bezeichnen“ (S. 42); „in England hat das Buch Ellstätters, das der Reichsbankpräsident als ausschlaggebende Quelle citiert, ungetrübte Heiterkeit erregt“ (S. 56); „die praktisch volkswirtschaftlich gebildeten Arbeiter Englands und Nordamerikas sind die eifrigsten Bimetallisten“ (S. 104); „heute würde Fürst Bismarck vielleicht den Augenblick gekommen erachten, den entscheidenden Anstoß auf England auszuführen“ u. s. w. — jeder Satz eine Plunkerei: speziell bezüglich der englischen Arbeiter hat ihm Schippel sofort gedient. Was die Stimmung Englands anbelangt, so erinnert Arendts Behauptung an die gleiche Gernschi's, der schon vor zwei Jahrzehnten (!), 1878, den Augenblick zu einem entscheidenden Vorstoß (Frankreichs) gegen England als gekommen erklärte. Wegen der betrügerischen Nachprägungen wiederholt Arendt (S. 89) die schon in der Silberenquete gemachte Behauptung: „In London sind deutsche Thaler aus echtem Silber nachgeprägt festgestellt worden“, Beweise für diese Behauptung hat er heute so wenig, wie vor einem Jahre. Natürlich fehlt auch die herkömmliche Verdächtigung nicht, weshalb das Großkapital den Bimetallismus bekämpft: „was der Industrie und der Landwirtschaft schadet,“ wird mit Wülfing citiert, „nützt der Bank und dem Kapital“: wir können uns bescheiden, auf J. H. Trittons Widerlegung zu verweisen.

Seit einem Jahrzehnt bemüht Arendt die Fiktion einer Goldpartei, um jeden Einwand, von welcher Seite er auch kommen mag, als tendenziös und unehrlich zu bezeichnen. So kommt er auch diesmal zum Schlusse wieder mit seinem Vorwurf der Unehrlichkeit: Herr Koch bekämpfe ein Phantom, das die Goldwährungspartei erfunden habe, „jeder,

der sehen will, muß sehen, auf welcher Seite im Währungsstreit Recht und Wahrheit ist.“ Neuerdings ist aber in den Augen Arendts jeder seiner Gegner nicht nur ein Feind von Ehre und Wahrheit, sondern vor allem auch ein Sozialdemokrat. Seit er von Schippel und den Sozialdemokraten auf seine demütigen Verbungen einen Korb bekommen hat, erklärt er die Sozialdemokratie für die Hauptschutztruppe dieser Goldpartei; ihr gehörten nur Sozialdemokraten und Demokraten an; die Landwirte und Industriellen dagegen sind angeblich alle Klienten Arendts. Auch der Reichsbankpräsident folge (bezügl. des Arbeitslohns) bedingungslos den sozialdemokratischen Behauptungen. Man denke: die Sozialdemokraten sollen für die Goldwährung sein, weil sie erkennen, daß durch dieselbe der Ruin der bürgerlichen Gesellschaft herbeigeführt werde, die Vertreter der bürgerlichen Gesellschaft jedoch, und namentlich die Angehörigen von Handel und Gewerbe, von denen mindestens 90 % Verteidiger der Goldwährung sind, sollen davon in ihrer Verblendung nichts merken! Wenn nun aber einmal vom Umsturz die Rede ist, so muß man doch fragen: worin äußert sich denn derzeit die staatserhaltende Tätigkeit der Herrn Kardorff, Wirsbach und Gen.? Sie suchen die ihnen unbequemen Beamten einzuschüchtern oder matt zu setzen; weil die Beamten, in gewissenhafter Erfüllung ihrer Pflicht, die Verteidigung eines gesetzmäßigen Zustands, das Staatswohl höher stellen als die Beschlüsse der von Arendt inspirierten „Gutsbesitzer vom Adel“, sollen sie aus ihrer Stellung wegmanöviert werden. Die Beamten sollen der Interessen- und Parteipolitik gefügig gemacht, und weil solcher eine gewisse Sachkunde und Überzeugung im Wege steht, sogar die Reichsbank verstaatlicht werden. Arendts Pamphlet bildet mir ein Glied in dem von Kardorff in der Reichstagsitzung vom 26. März eingeleiteten agrarischen Feldzug gegen die sachkundigen Beamten, in dessen Fortsetzung heute gleichzeitig mit Arendt in Nr. 299 der Kreuzzeitung von Sydow-Dobberphul und Dr. Stall in einer Broschüre über die Silberfrage auf den Plan treten. Der Mann zu derartigen Angriffen ist vor allem Dr. Arendt. Von jeher macht er ein Gewerbe daraus, nach prominenten Persönlichkeiten zu suchen, die er anrempeln könnte; von jeher ist es sein Ziel, Handel mit ersten Leuten zu suchen und sie zu einem öffentlichen Redeturnier zu reizen, gleich als ob sie ihn ernst nähmen; je mehr er zu einer grotesken Figur geworden ist, um so mehr sucht er sich durch dieses verbrauchte Mittel in der öffentlichen Meinung noch einen ersten Anschein zu erhalten.

Soll ihm nun der Reichsbankpräsident den Gefallen thun, sich zur Wehre zu setzen? Arendt läßt zwar durch die Nr. 10 der Korrespondenz des deutschen Vmetallisten-Bundes verkünden: „Herr Dr. Koch wird nicht umhin können, zu antworten; sein Schweigen würde das Zugeständnis sein, daß er nicht antworten kann und dementsprechend verwertet werden.“ Trotz dieser Herausforderung möchten wir, in unmaßgeblicher Weise, dem Reichsbankpräsidenten den Rat erteilen, den Handschuh nicht aufzunehmen. Es wird genügen, daß die deutschen Bundesregierungen von diesem agrarischen Machwerk Kenntnis nehmen und daraus ersehen, welcher Art die Führer sind, vor denen der Reichskanzler mit dem Gedanken der internationalen Konferenz die Waffen gestreckt hat. Der eine dieser Führer, Herr v. Hammerstein, hat sich soeben von seiner öffentlichen Tätigkeit zurückgezogen; an ihm verliert Dr. Arendt — man erinnere sich nur des Artikels der Kreuzzeitung vom 3. Mai über die ‚Goldgarde‘, — eine

Hauptstütze. Auch Herr v. Hammerstein liebte es gerade so, wie Herr Arendt, sich auf seine hohen sittlichen und wirtschaftlichen Grundsätze zu berufen.

N. S. Zu obigen Ausführungen erhielten wir von London aus unterm 2. August 1895 nachstehende Zuschrift:

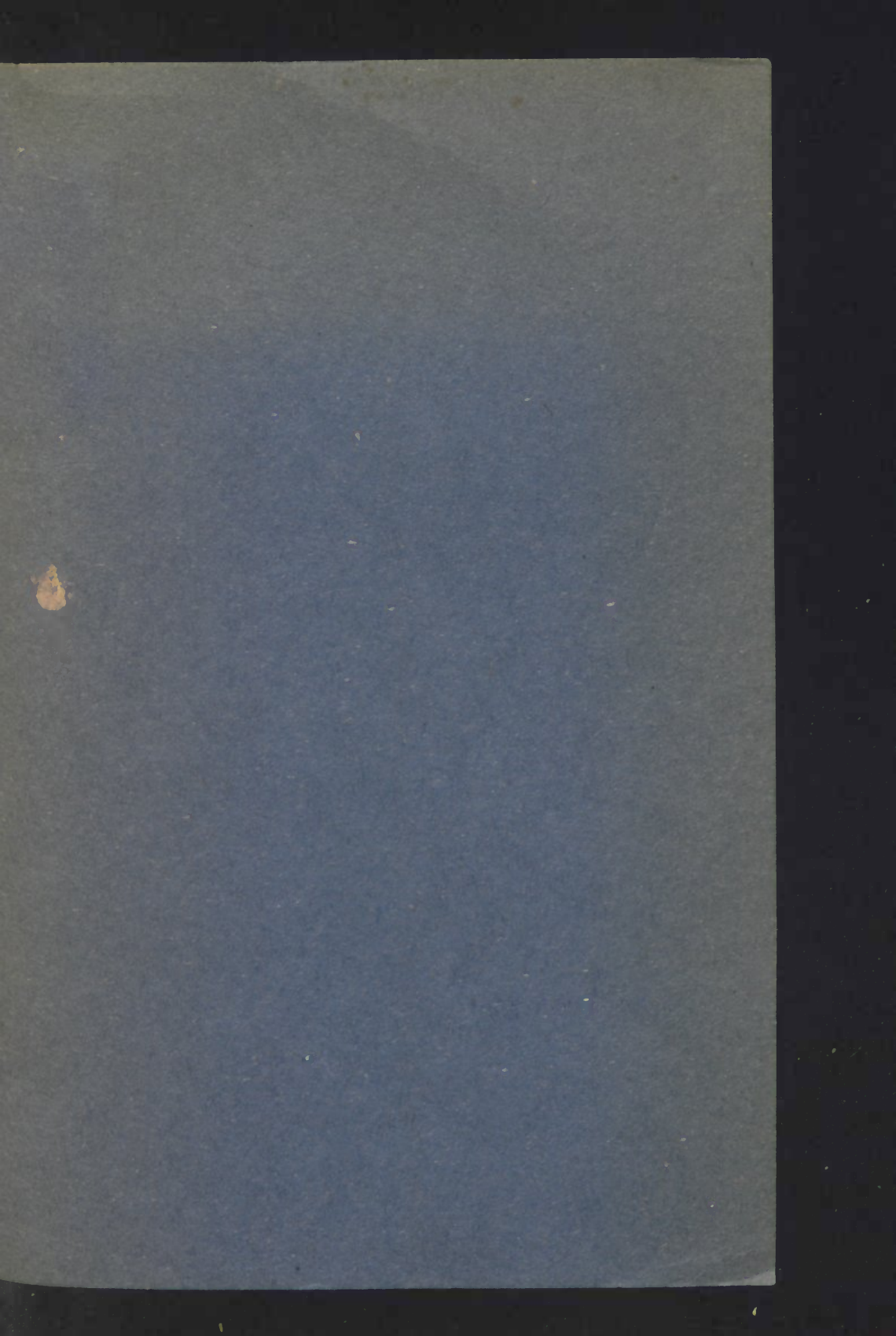
„Das Direktorium der Bank of England besteht aus 28 Personen, einem „Governor“ und einem „Deputy Governor“. Die Qualifikation eines Direktors, der einen Jahresgehalt von 500 Pfund Sterling bezieht, besteht in dem Besitz eines größeren Baustocks. Viele der derzeitigen Direktoren sind keine finanziellen Autoritäten. Bimetallisten giebt es unter ihnen etwa 4; einer meiner gutunterrichteten Bekannten meint, es seien deren 8, aber davon haben sich 4 der Direktoren noch nicht endgültig geäußert. —“

„Die Financial News“ sind etwas fragwürdig, und alles eher als die Vertreter des Urteils der City, höchstens vielleicht desjenigen einiger Silbergrubenbesitzer und anderer in ähnlicher Weise interessierten Spekulant. —“

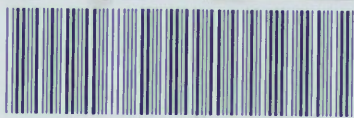
„Wenn Arendt behauptet, die praktisch volkswirtschaftlich gebildeten Arbeiter Englands und Nordamerikas seien eifrige Bimetallisten, so täuscht er sich. Der englische Arbeiter ist davon überzeugt, daß jede Veränderung des derzeitigen Goldstandards eine Erhöhung der Preise für Lebensmittel im Gefolge führen wird, während eine etwaige Lohn-erhöhung, unter solchen Umständen, jede Bedeutung verliert. Der nordamerikanische Arbeiter würde lieber alles andere thun, als in eine Standardveränderung einwilligen, die nur den von ihm so sehr gehaßten Grubenkapitalisten zugute kommen würde. Uebrigens sind die Arbeiter beider Staaten überzeugte Anhänger des „ehernen Lohngesetzes“ und können schon als solche naturgemäß nicht Anhänger des Bimetallismus sein; sie erklären sich den Bimetallismus in dieser Weise: „Wenn man einen Shilling (à 12 P.) bei der Lohnzahlung 18 Pence nennt und mir beim Einkauf nur den Wert von 9 Pence zugesteht, so ist das entweder Schwindel oder Bimetallismus.“

Druck von A. Bong' Erben in Stuttgart.

III 4



Prof. Dr. Huber



206\$07961715